

## **E i n l a d u n g**

**Gremium:** Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich  
**Sitzungstermin:** Montag, 26.09.2005, 16:00 Uhr  
**Ort, Raum:** Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 15.09.2005

### **1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen**

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- TOP 1      Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.06.2005**
- TOP 4      4. Änderung Bebauungsplan Nr. 60 - Rastede Ortskern  
Vorlage: 2005/195**
- TOP 5      Aufstellung einer Innenbereichssatzung an der Butjadinger Straße  
Vorlage: 2005/199**
- TOP 6      Durchführung von Endausbauten in den Wohnbaugebieten  
Vorlage: 2005/202**
- TOP 7      Vorstellung des Straßenausbaukonzeptes für Innerortsstraßen  
Vorlage: 2005/201**
- TOP 8      Ausschreibung der Straßenreinigung  
Vorlage: 2005/200**
- TOP 9      Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006  
Vorlage: 2005/186**

**TOP 10    Anfragen und Hinweise**

**TOP 11    Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen**

**gez. Decker  
Bürgermeister**

## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2005/195**

freigegeben am 07.09.2005

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

**Datum: 07.09.2005**

### **4. Änderung Bebauungsplan Nr. 60 - Rastede Ortskern**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	11.10.2005	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes 60 – Rastede Ortskern nebst Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.09.2005 berücksichtigt.
3. Dem 4. Änderung des Bebauungsplanes 60 – Rastede Ortskern nebst Umweltbericht und Begründung wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 07.06.2005 (Beschlussvorlagen Nr. 2005/035A ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer zweiwöchigen öffentlichen Auslegung durchgeführt worden. Außerdem hat auch Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bis zum 26.08.2005 stattgefunden.

Wesentliche Stellungnahmen wurden lediglich seitens einer Eigentümerin vorgebracht. Den hier vorgebrachten Anregungen hinsichtlich der Verschiebung von Baugrenzen und einer höheren Ausnutzbarkeit von Teilen ihres Grundstückes wurde teilweise entsprochen.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange können nunmehr unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge durchgeführt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

<b>Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss</b>	<b>Frühzeitige Öffent- lichkeits-/ Behörden- beteiligung</b>	<b>Öffentliche Ausle- gung/ Behörden- Beteiligung</b>	<b>Satzungsbeschluss</b>
X	X	Oktober	Ratssitzung am 13.12.2005

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

### **Anlagen:**

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen und Hinweise

# GEMEINDE RASTEDE

## Landkreis Ammerland

---

### Bebauungsplan Nr. 60 „Ortskern Rastede“ 4. Änderung

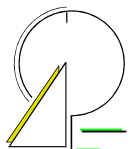
frühzeitige Beteiligung der Behörden und  
sonstiger Träger öffentlicher Belange  
(§ 4 (1) BauGB)

und

frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit  
(§ 3 (1) BauGB)

## **ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE**

06.09.2005



## **Träger öffentlicher Belange**

**von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

1. Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg  
Theodor-Tantzen-Platz 8  
26122 Oldenburg
2. ExxonMobil Production Deutschland GmbH  
Riethorst 12  
30659 Hannover
3. EWE Aktiengesellschaft  
Netzregion Oldenburg / Varel  
Zum Stadtpark 2  
26655 Westerstede
4. E.ON Netz GmbH  
Betriebszentrum Lehrte  
Service Leitungen  
Eisenbahnlängsweg 2a  
31275 Lehrte

## **Träger öffentlicher Belange**

**von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

1. Landkreis Ammerland  
Ammerlandallee 12  
26655 Westerstede
2. Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege  
Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg  
Ofener Straße 15  
26121 Oldenburg
3. Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr  
Geschäftsbereich Oldenburg  
Kaiserstraße 27  
26122 Oldenburg
4. Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen GmbH (VBN)  
Otto-Lilienthal-Straße 23  
28199 Bremen
5. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband  
Georgstraße 4  
26919 Brake
6. Deutsche Telekom AG, T-Com  
Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest  
Poststraße 1-3  
26122 Oldenburg
7. Kirchengemeinschaft der Katholischen Kirchengemeinde  
St. Marien Rastede / Wiefelstede  
Eichendorffstraße 3  
26180 Rastede

Anregungen		Abwägungsvorschläge
<b>Landkreis Ammerland</b> <b>Ammerlandallee 12</b> <b>26655 Westerstede</b>		
<p>Aufgrund des Alters des Siedlungsgebietes ist meiner unteren Wasserbehörde mit einem Entwässerungskonzept nachzuweisen, dass eine ausreichende hydraulische Leistungsfähigkeit der Regenwasserkanäle bzw. Grabenverrohrungen vorhanden ist. Vor dem Abschluss des Verfahrens ist das Konzept meiner unteren Wasserbehörde vorzulegen.</p> <p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2a Abs. 4 BauGB habe ich keine weiteren Hinweise.</p>		<p>Der Hinweis des Landkreises Ammerland wird zur Kenntnis genommen. Der Nachweis der ordnungsgemäßen Ableitung des Oberflächenwassers wird rechtzeitig vor Satzungsbeschluss erbracht werden.</p>
<b>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege</b> <b>Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg</b> <b>Ofener Straße 15</b> <b>26121 Oldenburg</b>		
<p>Gegen das geplante Bauvorhaben bestehen seitens der Archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken. Folgender Hinweis ist jedoch zu Beachten:</p> <p>Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15 unverzüglich gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.</p>		<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In der Planzeichnung und in der Begründung wird unter Kap. 4.2 (Belange des Denkmalschutzes) bereits nachrichtlich auf die Meldepflicht bei Bodenfunden hingewiesen. Die zuständige Landesdenkmalbehörde wird ergänzt.</p>
<b>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr</b>		



Anregungen	Abwägungsvorschläge
<b>Geschäftsbereich Oldenburg</b> <b>Kaiserstraße 27</b> <b>26122 Oldenburg</b>	
<p>Gegen die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 bestehen seitens der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Geschäftsbereich Oldenburg – keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Südlich und westlich des Änderungsbereiches verlaufen in einer Entfernung von jeweils ca. 50 Metern die Kreisstraßen K 131 und K 133, von denen Emissionen ausgehen. Eine Untersuchung und Bewertung von Immissionsbelastungen des Änderungsbereiches ist im Vorentwurf der Bebauungsplanänderung jedoch nicht enthalten.</p> <p>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass für die neu geplanten Nutzungen gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keine Ansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden können. Ich bitte, einen entsprechenden nachrichtlichen Hinweis in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufzunehmen.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	<p>Der Hinweis zu evtl. auftretenden Lärmimmissionen, ausgehend von den Kreisstraßen K 131 und K 133 wird zur Kenntnis genommen. In der vorliegenden Planung wird entsprechend den Inhalten des Ursprungsplanes, des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 60, ein allgemeines Wohngebiet (WA) unverändert festgesetzt und die Art der baulichen Nutzung somit übernommen. Der bestehende Schutzanspruch vor Lärmimmissionen wird demnach durch die vorliegende Planung nicht verändert.</p> <p>Die Bauflächen liegen in einem Abstand von ca. 60 m, ausgehend von den Straßenmitten der K 131 und K 133. Da insbesondere im Nahbereich von Schallquellen mit zunehmender Entfernung der Lärmpegel bereits deutlich abnimmt, ist innerhalb des Geltungsbereiches bereits von einer deutlichen Minderung der Immissionen auszugehen. Zusätzlich hierzu kann die dichte Bebauung entlang der Kreisstraßen eine weitere, schallabschirmende Wirkung entfalten. Hinsichtlich des Schallschutzes in Wohnräumen wird weiterhin darauf hingewiesen, dass Fenster, die der gültigen Wärmeschutzverordnung entsprechen, bereits Schalldämmmaße aufweisen, die innerhalb des Lärmpegelbereiches II gem. DIN 4109 (56 dB(A) – 60 dB(A)) dem Schutz von Aufenthaltsräumen in Wohnungen in der Regel bereits Rechnung tragen.</p> <p>Auf Grund dieser Aspekte zur Lärmreduzierung sowie der Tatsache, dass der Geltungsbereich innerhalb eines bereits vorbelasteten, verdichteten Siedlungsbereiches liegt, ist davon auszugehen, dass durch evtl. auftretende Immissionen die Wohnnutzung nicht unzumutbar eingeschränkt wird und eine verträgliche Verdichtung des bestehenden Siedlungsbereiches unter Berücksichtigung eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden ermöglicht wird. Ein weiteres Gutachten ist in diesem Zusammenhang nicht erforderlich. Seitens der zuständigen Fachbehörde für Kreisstraßen sowie des Planungsamtes des Landkreises Ammerland wurden keine weiteren Anregungen zu dieser Thematik vorgetragen.</p> <p>Ein nachrichtlicher Hinweis auf evtl. Ansprüche gegenüber dem Träger der Straßenbaulast ist nicht notwendig.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<b>Verkehrsverbund Bremen / Niedersachsen GmbH (VBN)</b> <b>Otto-Lilienthal-Straße 23</b> <b>28199 Bremen</b>	
<p>Grundsätzlich haben wir keine Einwände in Bezug auf die o. g. Planungen. Wir möchten Sie jedoch bitten, in den entsprechenden Begründungen auch Aussagen zur Anbindung der jeweiligen Gebiete durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aufzunehmen.</p> <p>Das Gebiet Rastede-Ortskern wird durch die Haltestelle „Marktplatz“ erschlossen, die durch die Regionalbuslinien 340, 341, 343 und 344 bedient wird. Durch die Linie 340 bestehen Verbindungen nach Varel und Oldenburg. Die anderen Linien sind vorwiegend auf die Belange der Schülerbeförderung ausgerichtet.</p>	<p>Der Hinweis des VBN wird zur Kenntnis genommen und die Begründung um die Anbindung des Plangebietes an den ÖPNV ergänzt.</p>
<b>Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband</b> <b>Georgstraße 4</b> <b>26919 Brake</b>	
<p>Im Bereich des Bebauungsgebietes befinden sich Versorgungsleitungen DN 80 und DN 125. Diese dürfen weder durch Hochbauten noch durch eine geschlossene Fahrbahndecke überbaut werden.</p> <p>Bei der Erstellung von Bauwerken sind gemäß DVGW - Arbeitsblatt W 403 Sicherheitsabstände zu den Versorgungsleitungen einzuhalten. Außerdem weisen wir darauf hin, dass die Versorgungsleitungen gemäß DIN 1998 Punkt 5 nicht mit Bäumen überpflanzt werden dürfen. Um Beachtung der DIN 1998 und des DVGW Arbeitsblattes W 403 wird gebeten. Das ausgewiesene Planungsgebiet muss durch die bereits vorhandenen Versorgungsleitungen als teilweise erschlossen angesehen werden. Sofern eine Erweiterung notwendig werden sollte, kann diese nur auf der Grundlage der AVB Wasser V unter Anwendung des § 4 der Wasserlieferungsbedingungen des OOWV durchgeführt werden. Wann und in welchem Umfang eine Erweiterung durchgeführt wird, müssen die Gemeinde Rastede und der OOWV rechtzeitig vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten gemeinsam festlegen.</p> <p>Eventuelle Sicherungs- bzw. Umlegungsarbeiten können nur zu Lasten des Veranlassers oder nach den Kostenregelungen bestehender Verträge</p>	<p>Die Hinweise des OOWV zur Trinkwasserversorgung bzw. zum Brandschutz werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>durchgeführt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße Unterbringung von Versorgungsleitungen der Freiraum von Entsorgungsleitungen freizuhalten ist. Dieser darf wegen erforderlicher Wartungs-, Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten weder bepflanzt noch mit anderen Hindernissen versehen werden.</p> <p>Um Beachtung der DIN 1998 und des Arbeitsblattes W 403 wird gebeten. Vor Ausschreibung der Erschließungsarbeiten bitten wir um einen Besprechungstermin, an dem alle betroffenen Versorgungsträger teilnehmen. Um das Wiederaufnehmen der Pflasterung bei der Herstellung von Hausanschlüssen zu vermeiden, sollte der Freiraum für die Versorgungsleitungen erst nach erfolgter Bebauung des Gebietes endgültig gepflastert werden. Sollten durch Nichtbeachtung der vorstehenden Ausführungen Behinderungen bei der Erschließung des Baugebietes eintreten, lehnen wir für alle hieraus entstehenden Folgeschäden und Verzögerungen jegliche Verantwortung ab.</p> <p>Im Interesse des der Gemeinde obliegenden Brandschutzes können im Zuge der geplanten Rohrverlegungsarbeiten Unterflurhydranten eingebaut werden. Lieferung und Einbau der Feuerlöscheinrichtungen regeln sich nach den bestehenden Verträgen. Wir bitten, die von Ihnen gewünschten Unterflurhydranten nach Rücksprache mit dem Brandverhütungsingenieur in den genehmigten Bebauungsplan einzutragen. Die Einzeichnung der vorhandenen Versorgungsleitungen in dem anliegenden Planausschnitt ist unmaßstäblich. Die genaue Lage der Leitungen gibt Ihnen Dienststellenleiter Kaper, Tel. 04488/845211, von unserer Betriebsstelle in Westerstede in der Örtlichkeit an. Nach endgültiger Planfassung und Beschluss als Satzung wird um eine Ausfertigung eines genehmigten Bebauungsplanes gebeten.</p>	
<p><b>Deutsche Telekom AG, T-Com</b>  <b>Technische Infrastruktur Niederlassung Nordwest</b>  <b>Poststraße 1-3</b>  <b>26122 Oldenburg</b></p>	
<p>Gegen die o. a. Planung haben wir keine Bedenken und Anregungen beim PTI. Zur telekommunikationstechnischen Versorgung des Planbereichs ist die Verlegung neuer Telekommunikationsanlagen erforderlich.</p>	<p>Die Hinweise der Deutschen Telekom AG, T-Com zum Anschluss an das Telekommunikationsnetz werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Ausführungsplanung berücksichtigt.</p>

Anregungen	Abwägungsvorschläge
<p>Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie zur Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich der Deutschen Telekom AG, T-Com, TI Niederlassung Nordwest, PTI 11, 26119 Oldenburg, Tel. 0441/234-6566 so früh wie möglich vor Baubeginn angezeigt werden.</p>	
<p><b>Kirchenausschuss der Katholischen Kirchengemeinde St. Marien Rastede / Wiefelstede Eichendorffstraße 3 26180 Rastede</b></p>	
<p>Durch die beabsichtigte 4. Änderung des BBPL. Nr. 60 – Rastede-Ortskern sieht sich die Kath. Kirchengemeinde St. Marien Rastede / Wiefelstede in ihren wahrzunehmenden öffentlichen Belangen aus folgenden Gründen berührt:</p> <p>Die Änderung des Bebauungsplanes hätte zur Folge, dass die Wohnbebauung unmittelbar an den westlichen Teil des Grundstücks (Flur 112/3) mit dem Pfarrheim (kath. Gemeindehaus) heranreichen würde. Dies könnte dazu führen, dass die Wohnqualität der Bewohner des neuen Wohngebietes (WA 2) durch den im Pfarrheim oder im Außenbereich des Pfarrheims entstehenden Lärm nicht unwesentlich eingeschränkt wird.</p> <p>So finden im und rund um das Pfarrheim sowohl zu Tages- als auch zu Abend-/Nachtzeiten Veranstaltungen – wie z.B. das alljährlich im Mai stattfindende Pfarrfest – sowie Gemeinschaftsfeiern der Senioren, der Frauengemeinschaft und des Männerkreises statt, bei denen sich bereits durch die Vielzahl der Teilnehmer die Entstehung eines überdurchschnittlichen Lärms nicht verhindern lässt. Besonders ist hier auch auf das einmal im Jahr von Freitags bis Sonntags auf dem Gelände des Pfarrheims stattfindende Zeltlager mit einer Vielzahl von Kindern hinzuweisen.</p> <p>Hinzu kommt, dass das Pfarrheim nach einer bestehenden Heimordnung bestimmten Mitgliedern der Kirchengemeinde zur Durchführung von privaten Feierlichkeiten, wie „runden“ Geburtstagen, Hochzeiten usw., zur Nutzung überlassen wird. Eine Einschränkung der Pfarrheimnutzung durch vorgegebene Lärmschutzauflagen würde das Gemeindeleben der katholischen Kirchengemeinde jedoch in hohem Maße beeinträchtigen.</p>	<p>Die Hinweise der Kirchengemeinde zu den regelmäßig im katholischen Gemeindehaus stattfindenden Veranstaltungen werden zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der vorliegenden Bebauungsplanänderung wird, wie auch im Ursprungsplan, ein allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt. Eine Wohnbebauung war demnach auch vor Aufstellung der 4. Änderung bereits möglich, der Schutzanspruch des Gebietes wird nicht verändert. Bei dem vorhandenen katholischen Pfarrheim handelt es sich um eine innerhalb allgemeiner Wohngebiete verträgliche Nutzungsart. Innerhalb dieser Strukturen ist das Auftreten gewisser Lärmimmissionen hinzunehmen, zumal die Nutzungen innerhalb des Pfarrheimes vornehmlich dem Gemeinwohl dient. Die Beurteilung der Lärmsituation bzw. die Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen ist im Bebauungsplan nicht notwendig. Vielmehr ist innerhalb der Siedlungsstrukturen das Emissionsverhalten im Sinne gegenseitiger Rücksichtnahme anzupassen.</p>

## **Anregungen von Bürgern**

**von folgenden Bürgern wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:**

Dr. Ute Uhlhorn-Dierks  
Weißenmoorstraße 39  
26180 Rastede

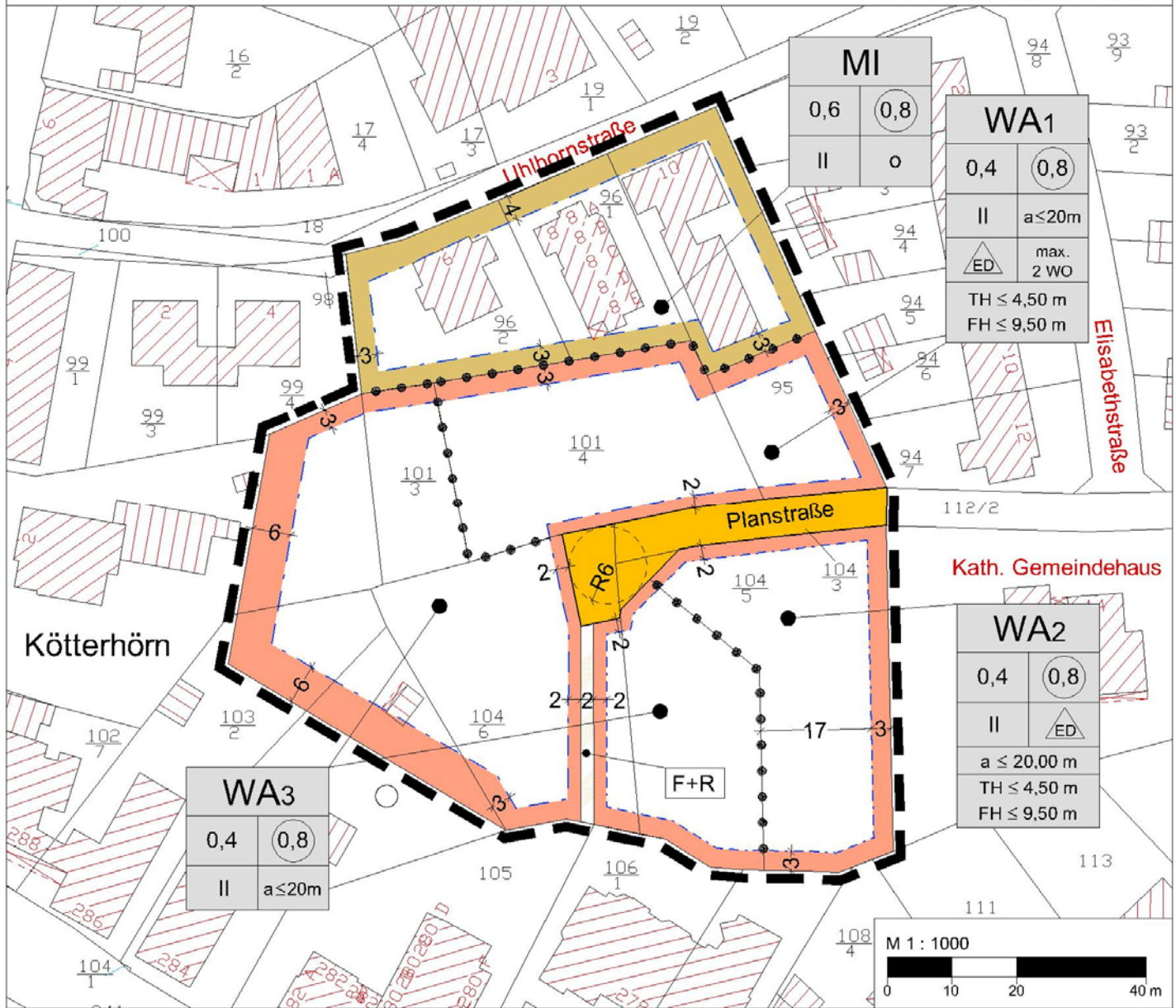
Anregungen von Bürgern		Abwägungsvorschläge
<b>Dr. Ute Uhlhorn-Dierks</b> <b>Weißmoorstraße 39</b> <b>26180 Rastede</b>		
<p>Die Flurstücke 101/3 und 101/2 habe ich meinem Sohn Dr. Gunther Uhlhorn-Dierks inzwischen übereignet. Mein Sohn wohnt und arbeitet in Süddeutschland und hat zur Zeit keine Gelegenheit sich persönlich die Änderung anzusehen. Ich bringe daher die Anregungen und Bedenken im Einvernehmen und in seinem Auftrag vor.</p>		
<p>1.) Die Grenze der B.P. Änderung berücksichtigt nicht die vorhandene Flurstücksgrenze im Norden zur Uhlhornstraße hin. Die B.P. Grenze insbesondere jedoch die nicht überbaubare 3 m breite Zone durchschneidet hier willkürlich das Flurstück 101/2. Bereits vor der vorh. B.P. hat hier die vorh. Grundstücksgrenze nicht beachtet. Dies sollte jetzt berichtigt werden. Wir regen daher an, die Grenze des B.P. an die vorhandene Flurstücksgrenze zu versetzen und insbesondere hier auf die Festsetzung einer nicht überbaubaren Grundstücksfläche zu verzichten, da Gebäudeabstandsflächen sich nach der Bau. O. von selbst regeln.</p>	zu 1.)	<p>Dem Hinweis wird z. T. gefolgt. Der Geltungsbereich der Änderung wird der vorhandenen Flurstücksgrenze zwischen den Flurstücken 99/4 und 101/2 angepasst, die nicht überbaubare Grundstücksfläche in einem Abstand von 3,00 m beiderseits der Flurstücksgrenze wird angepasst. Zwar wird dieser nicht überbaubare Bereich derzeit auch durch die Landesbauordnung geregelt, es soll jedoch nachhaltig auch bei einer evtl. Änderung der Liegenschaftsverhältnisse sichergestellt werden, dass hier ein freier Bereich zwischen der Bebauung in erster Reihe (Mischgebiet) und dem Innenbereich (Allgemeines Wohngebiet) verbleibt. Die ursprünglich im Bebauungsplan Nr. 60 vorgesehene Planungskonzeption bleibt somit erhalten.</p>
<p>2.) Das Flurstück 101/3 ist ohne eine Vergrößerung nicht bebaubar. Zur gegebenen Zeit planen wir daher, dieses Flurstück um rückwärtige Grundstücksflächen des Flurstücks 101/2 zu erweitern. Das Flurstück 101/3 sollte daher in den zulässigen Nutzungsbereich WA 3 einbezogen werden, um eine spätere Nutzung nicht zu erschweren und eine sinnvolle Bebauung zu ermöglichen.</p>	zu 2.)	<p>Dem Hinweis wird gefolgt. Das Flurstück 101/3 wird zukünftig in den mit WA3 bezeichneten Bereich einbezogen. Somit wird innerhalb des Geltungsbereiches der Bebauungsplanänderung in einem Abstand bis ca. 80 m entlang der Oldenburger Straße und der Kleibroker Straße die bauliche Verdichtung vereinheitlicht und eine sinnvolle Nutzung des Flurstücks 101/3 ermöglicht.</p>
<p>3.) Die Grenze des B.P. durchschneidet das Flurstück 101/2 ebenfalls willkürlich. Sie sollte bis an die bereits im alten B.P. festgesetzte Baugrenze erweitert werden. Siehe Skizze. Gleichzeitig regen wir an, hier die nicht überbaubare Grundstücksfläche von je 2mal 6 m Breite aufzuheben, um</p> <p>a) den kleinen vorh. Anbau meiner Tierarztpraxis in die überbaubare Fläche einzubeziehen, damit den vorh. Gegebenheiten zu entsprechen und um</p> <p>b) eine Erweiterung meiner Tierarztpraxis zur gegebenen Zeit zu ermöglichen.</p>	zu 3.)	<p>Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Die Planungskonzeption des Ursprungsplanes beinhaltet eine nicht überbaubare Zone zwischen dem Mischgebiet entlang der Hauptverkehrszüge und dem Innenbereich (Allgemeines Wohngebiet). Hierdurch wird eine Abgrenzung und Gliederung der Siedlungsstrukturen erreicht. Dieses städtebauliche Ziel bleibt auch weiterhin Inhalt der verbindlichen Bauleitplanung. Eine Erweiterung der Tierarztpraxis ist innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen auf dem Flurstück 101/2 auch weiterhin möglich. Die vorhandenen Bauteile innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen besitzen Bestandsschutz.</p>

	<b>Anregungen von Bürgern</b>		<b>Abwägungsvorschläge</b>
4.)	<p>c) Die 6 m breite Zone, die sich an den Praxisanbau anschließt sollte im Mischgebiet liegen bleiben, wobei jedoch – wie zu a) angeregt – auf die nicht überbaubare Grundstücksfläche verzichtet werden sollte.</p> <p>Die nicht überbaubare Grundstücksfläche von 2 mal 6 m Breite auf dem Flurstück 101/2 sollte auch deshalb ersatzlos aufgehoben werden, da bei der unter Pkt. 2. genannten erforderlichen Erweiterung des Flurstücks 101/3 die zukünftige Grundstücksgrenze zurzeit noch nicht bestimmbar ist und daher die 12 m breite nicht überbaubare Zone eine spätere sinnvolle Bebauung erschwert. Eine nicht überbaute Zone wird sich hier durch die Abstandsregeln für die Bebauung von selbst durch die Bau. O. ergeben. Es wird darauf hingewiesen, dass die nicht überbaubare Zone an der Nordseite auf dem Nachbarflurstück 101/4 ersatzlos aufgehoben wurde.</p> <p>Zum Verständnis der Anregungen und Bedenken liegt eine Skizze an (Anlage 1 + 2), die sich am vorh. rechtsverbindlichen B.P. orientiert. Für mündliche weitere Erläuterungen stehe ich zur Verfügung.</p>	zu 4.)	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Baugrenzen bleiben entsprechend der oben beschriebenen, bisherigen Planungskonzeption bestehen. Eine sinnvolle Bebauung auf dem Flurstück 101/3 in Verbindung mit dem rückwärtigen Bereich des Flurstücks 101/2 ist möglich. Für das Flurstück 101/4 werden ebenfalls zwischen dem festgesetzten Mischgebiet und dem allgemeinen Wohngebiet nicht überbaubare Bereiche geschaffen, so dass eine einheitliche Entwicklung gewährleistet wird.</p>

# Gemeinde Rastede

Bebauungsplan Nr. 60 - 4. Änderung  
"Ortskern Rastede"

Entwurf 08.09.2005





# Planzeichenerklärung

## 1. Art der baulichen Nutzung



Allgemeines Wohngebiet (WA)



Mischgebiet (MI)

max. 2 Wo    Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden  
(s. textl. Festsetzung Nr. 2)

## 2. Maß der baulichen Nutzung

0,4    Grundflächenzahl (GRZ) z. B. 0,4

0,8    Geschossflächenzahl (GFZ) z. B. 0,8

II    Zahl der Vollgeschosse, z. B. II

## 3. Bauweise, Baugrenzen

o    offene Bauweise

a    abweichende Bauweise  
(s. textliche Festsetzung Nr. 4)



Baugrenze



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

## 4. Verkehrsflächen

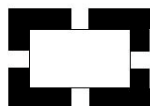


Straßenbegrenzungslinie



Verkehrsfläche

## 5. Sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches  
der Bebauungsplanänderung

### **Textliche Festsetzungen**

1. Auf den nicht überbaubaren, straßenseitigen Grundstücksflächen sind Garagen und Nebenanlagen in Form von Gebäuden gem. §§ 12 (6) und 14 (1) BauNVO nicht zulässig.
2. Gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB sind innerhalb des mit WA1 bezeichneten allgemeinen Wohngebietes je Wohngebäude maximal zwei Wohneinheiten zulässig. Sofern als Einzelhaus mehrere Gebäude aneinander gebaut werden, ist je Wohngebäude nur eine Wohneinheit zulässig, je Doppelhaushälfte ist maximal eine Wohneinheit zulässig.
3. Innerhalb des Bebauungsplanes gelten für bauliche Anlagen folgende Höhenbezugspunkte (§ 18 (1) BauNVO):  
Oberer Bezugspunkt: a) Traufe: Schnittkante zwischen den Außenflächen des aufgehenden Mauerwerks und der Dachhaut  
b) First: obere Firstkante  
Unterer Bezugspunkt: Straßenoberkante (Fahrbahnmitte) der nächsten öffentlichen Erschließungsstraße  
  
Die festgesetzten Traufhöhen (TH) gelten nicht für Krüppelwalme, Dachgauben, Erker, Wintergärten und sonstige untergeordnete An- oder Ausbauten. Geringfügige Überschreitungen der maximal zulässigen Firsthöhen durch untergeordnete Gebäudeteile (z. B. Schornsteine) sind zulässig.
4. In der abweichenden Bauweise gem. § 22 (4) BauNVO sind Gebäude zulässig wie in der offenen Bauweise, jedoch mit einer Längenbegrenzung von max. 20 m. Garagen gem. § 12 BauNVO und Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO sind auf diese Gebäudelänge nicht anzurechnen. Innerhalb der mit WA1 und WA2 bezeichneten allgemeinen Wohngebiete sind die Gebäude ausschließlich als Einzel- oder Doppelhäuser zu errichten, Hausgruppen sind nicht zulässig.

### **Nachrichtliche Hinweise**

1. Mit der Bekanntmachung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 "Ortskern Rastede" werden die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 60 für den Geltungsbereich der 4. Änderung außer Kraft gesetzt.
2. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Referat Archäologie-Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
3. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen zutage treten, so ist unverzüglich die untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2005/199**

freigegeben am 08.09.2005

**GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

**Datum: 08.09.2005**

### **Aufstellung einer Innenbereichssatzung an der Butjadinger Straße**

**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	11.10.2005	Verwaltungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Aufstellung einer Innenbereichssatzung nach § 34 (4) S.1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für einen „Teilbereich an der Butjadinger Straße“ im Ortsteil Wahnbek wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.
2. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 26.09.2005 berücksichtigt.
3. Der Innenbereichssatzung nach § 34 (4) S.1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) für einen „Teilbereich an der Butjadinger Straße“ im Ortsteil Wahnbek nebst Begründung wird zugestimmt.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4a Abs. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Sach- und Rechtslage:**

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 21.06.2005 (Beschlussvorlagen Nr. 2005/129 ist die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer zweiwöchigen öffentlichen Auslegung durchgeführt worden. Außerdem hat auch Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange bis zum 26.08.2005 stattgefunden.

Wesentliche Stellungnahmen wurden nicht vorgebracht.

Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegt.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Die öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange können nunmehr unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge durchgeführt werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

<b>Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss</b>	<b>Frühzeitige Öffent- lichkeits-/ Behörden- beteiligung</b>	<b>Öffentliche Ausle- gung/ Behörden- Beteiligung</b>	<b>Satzungsbeschluss</b>
X	X	Oktober	Ratssitzung am 13.12.2005

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Keine.

### **Anlagen:**

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit Planzeichenerklärung
3. Textliche Festsetzungen

## **Gemeinde Rastede – Aufstellung einer Innenbereichssatzung "Teilbereich an der Butjadinger Straße"**

### **Abwägung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**

[illegible]



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
2	VBN Bremen Otto-Lilienthal-Str. 23 28199 Bremen 16.08.2005	<b>zu 2.</b>  Das Gebiet im Ortsteil Wahnbek wird durch die Haltestelle „Ippweger Krug“ erschlossen, die von der Regionalbuslinie 342 bedient wird. Diese Linie ist vorwiegend auf die Belange der Schülerbeförderung ausgerichtet.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt.
3	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Oldenburg Kaiserstraße 27 26122 Oldenburg 02.08.2005	Zu o.g. Satzungsentwurf nehme ich wie folgt Stellung:  1. Das Plangebiet grenzt an die K 143 außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt. Es gelten daher die Bestimmungen des § 24 (1) NStrG uneingeschränkt (Einhaltung der 20 m -Bau Verbotszone, Verbot der Neuanlage oder Nutzungsänderung von Zufahrten), sofern der Träger der Straßenbaulast, der Landkreis Ammerland nicht Ausnahmen gemäß § 24 (7) NStrG zulässt.  Es ist daher fraglich, ob die verkehrliche Erschließung sämtlicher Flächen im Satzungsgebiet gesichert ist.  2. Der Entwurfsbegründung nach ist mit der hier in Aussicht genommenen Planung die Festsetzung eines Wohngebietes i.S. von § 4 BauNVO beabsichtigt. Das Plangebiet ist durch die von der K 143 ausgehenden Emissionen vorbelastet, im vorliegenden Satzungsentwurf werden jedoch keine Aussagen hinsichtlich der Erheblichkeit bestehender Vorbelastungen und evtl. erforderlicher Immissionsschutzmaßnahmen getroffen.  Gemäß Pkt. 2.3.7 der Begründung ist statt dessen vorgesehen, einen schalltechnischen Nachweis erst im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren erbringen zu lassen. Auf das in § 1 Abs. 7 BauGB enthaltene Verbot des Konflikttransfers weise ich hin.  Ich weise auch darauf hin, dass aus den hier geplanten Baugebieten keine Ansprüche wegen der von der Kreisstraße 143 ausgehenden Emissionen gestellt werden können und bitte, einen entsprechenden nachrichtlichen Hinweis in die Planzeichnung der Innenbereichssatzung aufzunehmen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die im Geltungsbereich befindlichen Wohnhäuser sind bereits über die K 143 direkt erschlossen. Diese Zufahrten genießen Bestandsschutz. Sollte sich im Zuge der Realisierung der Satzung zeigen, dass zusätzliche Zufahrten erforderlich sind, wird ein entsprechender Antrag beim Landkreis gestellt. Die Genehmigungsfähigkeit für Ausnahmen gemäß § 24 (7) NStrG ist durch den Landkreis bereits in Vorgesprächen in Aussicht gestellt worden. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt.  Der Geltungsbereich ist bereits zum Teil bebaut. Diese Nutzungen genießen Bestandsschutz. Bei der Errichtung neuer Gebäude ist die Bauverbotszone zu beachten. Neue Gebäude sind daher in einem Abstand von mindestens 20 m zum Fahrbahnrand zu errichten. Ein entsprechender Hinweis wird in die Satzung aufgenommen. Damit ist bereits ein relativ großer Abstand zur Kreisstraße als Emissionsquelle einzuhalten. Einzelne schalltechnische Nachweise werden auf Ebene der Baugenehmigung zu erbringen sein. Die Begründung wird um diese Aussagen ergänzt. Darüber hinausgehende Aussagen werden für nicht erforderlich gehalten.  Ein entsprechender Hinweis wird in die Planunterlagen aufgenommen.



Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <b>Abwägung/Beschlussempfehlung</b>
	Fortsetzung Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	<p>Ich bitte um schriftliche Benachrichtigung über die Abwägung meiner vorgetragenen Anregungen und Hinweise vor Veröffentlichung der Bauleitplanung.</p> <p>Nach Abschluss des Verfahrens bitte ich unter Bezug auf Ziffer 38.2 der Verwaltungsvorschriften zum BauGB um Übersendung von zwei Ablichtungen der gültigen Bauleitplanung einschließlich Begründung.</p>	
4	Nds. Landesamt für Denkmalpflege Referat Archäologie Stützpunkt Oldenburg Ofener Straße 15 26121 Oldenburg  24.08.2005	<p>Gegen das geplante Bauvorhaben bestehen seitens der Archäologischen Denkmalpflege keine Bedenken.</p> <p>Folgender Hinweis ist jedoch zu beachten:</p> <p><b><u>Hinweis:</u></b></p> <p>Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, unverzüglich gemeldet werden.</p> <p>Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.</p>	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise werden in die Planunterlagen aufgenommen.
5	Landkreis Ammerland 26653 Westerstede 02.09.2005	Meine Untere Naturschutzbehörde bittet darum, für die von der möglichen Versiegelung von 550 qm beanspruchten bisher als Grünland genutzten Grundfläche 1.100 Werteinheiten im Flächenpool Ipwegermoor geltend zu machen.	Der Anregung wird nachgekommen. Die Werteinheiten werden im Flächenpool Ipwegermoor geltend gemacht. Die Begründung zur Satzung wird entsprechend überarbeitet.

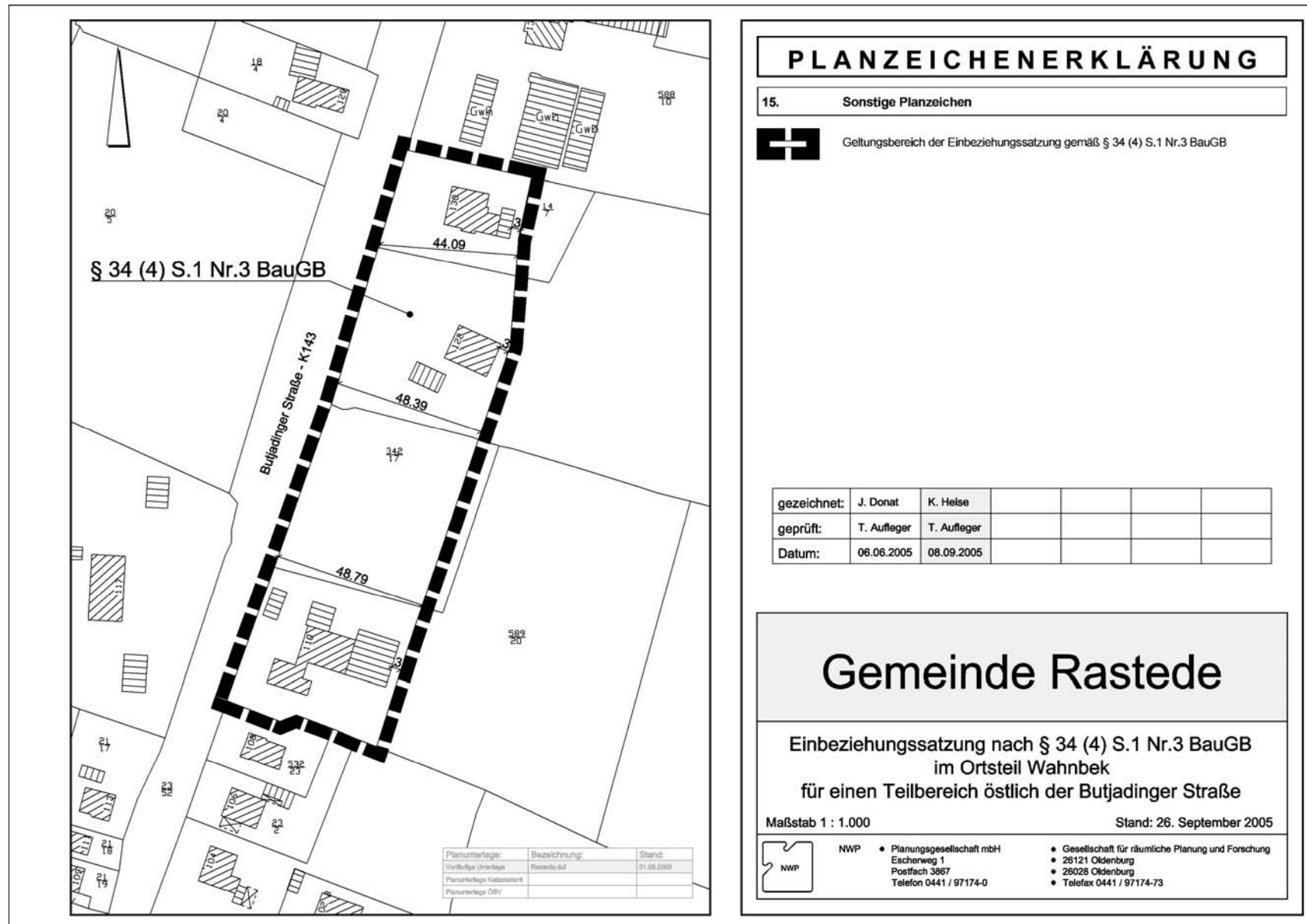


Nr.	Träger öffentlicher Belange Schreiben vom ...	Stellungnahme	<i>Planungsrechtliche Vorgaben</i> <i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>
-----	---	---------------	---

**Keine Anregungen und Bedenken hatten:**

1. ExxonMobil Production, Rück-Fax vom 25.07.2005
2. Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Schreiben vom 28.07.2005
3. Deutsche Telekom AG, Schreiben vom 05.08.2005
4. EWE AG, Schreiben vom 01.8.2005
5. E.ON Netz GmbH, Schreiben vom 09.08.2005





## **SATZUNG**

### **Innenbereichssatzung nach § 34 (4) S.1 Nr. 3 BauGB für einen „Teilbereich an der Butjadinger Straße“ im Ortsteil Wahnbek**

Aufgrund des § 34 [4] S. 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in der zur Zeit. gültigen Fassung i.V. mit § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO), ebenfalls in der zur Zeit gültigen Fassung, hat der Rat der Gemeinde Rastede folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Räumlicher Geltungsbereich**

1. Der sich aus der Anlage zu dieser Satzung ergebende Bereich im Ortsteil Wahnbek der Gemeinde Rastede wird als einzelne Außenbereichsfläche in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einbezogen.
2. Die beigelegte Karte und die Begründung sind Bestandteile dieser Satzung.

#### **§ 2 Bauliche Nutzung**

Im Geltungsbereich dieser Satzung müssen sich die Vorhaben gemäß § 34 [4] BauGB nach dem Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die bebaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.

#### **§ 3 Textliche Festsetzungen**

Für den Geltungsbereich nach § 34 [4] Nr. 3 BauGB gelten die folgenden textlichen Festsetzungen:

1. Anzahl der zulässigen Vollgeschosse als Höchstgrenze: I
2. Je Wohngebäude sind maximal zwei Wohnungen zulässig.
3. Es sind nur Einzelhäuser i.S. des § 22 (2) BauNVO zulässig

#### **§ 4 Hinweise**

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises sowie dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, unverzüglich gemeldet werden.

Bodenfund und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

Innerhalb des Geltungsbereiches gelten die Bestimmungen des § 24 (1) NStrG. Danach besteht in einem Abstand von 20 m zur östlichen Fahrbahnkante der Kreisstraße 143 eine Bauverbotszone. Zudem ist die Neuanlage oder Nutzungsänderung von Zufahrten nur mit einer entsprechenden Ausnahmegenehmigung des Landkreises Ammerland gemäß § 24 (7) NStrG zulässig.

#### **§ 5 Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rastede,

## **Mitteilungsvorlage**

**Vorlage-Nr.: 2005/202**

freigegeben am 08.09.2005

**GB 3**

**Datum: 08.09.2005**

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

### **Durchführung von Endausbauten in den Wohnbaugebieten**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	11.10.2005	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Im Herbst diesen Jahres wird in einer Reihe von den in der jüngsten Vergangenheit erschlossenen Wohnbaugebieten im Gemeindegebiet der Endausbau durchgeführt. Es handelt sich im einzelnen um die Wohnbaugebiete BBPL. - Nr. 63 B und 63 D - Donaustraße in Wahnbek, um das Wohnbaugebiet Nr. 49 a – Am Hagen in Loy und um Teilbereiche der Wohnbaugebiete BBPL. – Nr. 75 Koppelweg und BBPL. – Nr. 75 a Bogenstraße in Rastede.

Die Gebiete werden alle als verkehrsberuhigte Wohnbereiche hergestellt und anschließend entsprechend ausgewiesen. Die Befestigung erfolgt überwiegend mit rot-blau geflammten Betonpflastersteinen. In einzelnen Abschnitten wird bituminöses Schwarzdeckenmaterial eingebaut. Die Parkplätze werden mit anthrazitfarbigen Pflastersteinen hergestellt.

Bei guter Witterung sollen diese Arbeiten bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die betroffenen Anwohner werden direkt von der Gemeindeverwaltung informiert. Der Endausbau wurde bereits bei den Ersterschließungsarbeiten mit ausgeschrieben.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

#### **Anlagen:**

Keine.

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2005/201**

freigegeben am 09.09.2005

**GB 3**

**Datum: 08.09.2005**

Sachbearbeiter/in: Frau Wahl, Kirsten

### **Vorstellung des Straßenausbaukonzeptes für Innerortsstraßen**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	11.10.2005	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

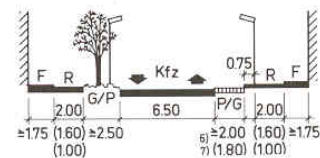
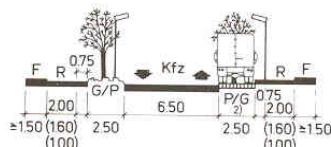
Die **Bewertung** der Innerortsstraßen wird entsprechend dem Straßenausbauprogramm für Ausserortsstraßen beschlossen. Der Beschluss hinsichtlich der Rangreihenfolge wird nach gesonderter Beratung in den Fraktionen gefasst.

#### **Sach- und Rechtslage:**

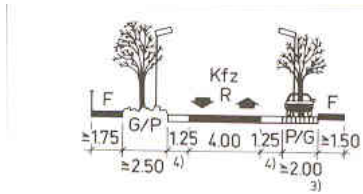
Auf der Grundlage der bereits beim Straßenausbaukonzept für Außerortsstraßen vorgestellten Vorgehensweise ist das Sanierungskonzept für die Innerortsstraßen erarbeitet worden.

Zunächst wurden die Innerortsstraßen entsprechend den Empfehlungen für Erschließungsstraßen (EAE) und analog zur Festlegung im Straßenbeleuchtungskonzept in die verschiedenen Straßenkategorien (Hauptsammelstraße, Sammelstraße, Anwohnerstraße und Anwohnerwege) eingeteilt.

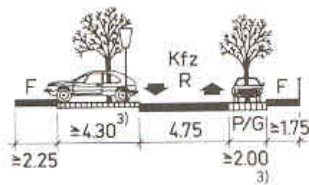
Beispiele für eine Hauptsammelstraße sind z. B. die Oldenburger Straße und die Schulstraße.



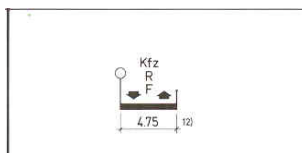
Beispiele für eine Sammelstraße ist z.B. die Elbestraße.



Beispiele für eine Anwohnerstraße sind z.B. die Schützenhofstraße und die Fuldastraße.



Beispiele für einen Anwohnerweg ist z.B. die Elbestraße



Bei der weiteren Untersuchung wurde dann nur mit den Hauptsammelstraßen, Sammelstraßen und Anwohnerstraßen weitergearbeitet. Die Anwohnerwege sowie die klassifizierten Straßen (z.B. Wilhelmshavener Straßen, Schulstraße) und die in jüngster Vergangenheit bereits sanierten Straßen (z.B. August-Brötje-Straße, Ladestraße) wurden nicht weiter untersucht.

Die verbleibenden Straßen wurden auf ihren baulichen Zustand hin untersucht. In dieses Ergebnis ist dann die infrastrukturelle Bedeutung der Straße mit eingeflossen. Die genaue Untersuchungsmethodik ist in den Kapiteln 2 und 3 des Straßenausbaukonzeptes für Außerortsstraßen ausführlich beschrieben worden. Aus dem hieraus resultierenden Ergebnis wurden die am schlechtesten bewerteten Straßen herausgezogen, mit denen dann anschließend weitergearbeitet worden ist.

Die ausgewählten Straßen wurden auf ihre weiteren baulichen Anlagen hin untersucht, wobei hier der Schwerpunkt auf den Zustand der Schmutz- und Regenwasserkanalisation gelegt worden ist. In diese Bewertung ist die Sanierungsnotwendigkeit auch im Hinblick auf die hydraulische Leistungsfähigkeit und den baulichen Zustand eingeflossen. Die Nebenanlagen bei den hier betroffenen Straßen sind alle in einem solchen Zustand, dass sie bei einer Sanierung der Fahrbahn mit saniert werden sollten.

Soweit diese Bewertungskriterien vom Ausschuss so akzeptiert werden, wird die Bewertung der Straßen in der Sitzung vorgestellt. Es ist vorgesehen, den Ausschussmitgliedern anschließend eine CD mit dem vollständigen Teil 2 des Straßenausbauprogramms zu überreichen. Nach Beratung in den Fraktionen soll dann das Straßenausbauprogramm, Teil 2, im BauPIUmStrA sowie im VA beschlossen werden.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Z. Zt. keine

### **Anlagen:**

keine

## B e s c h l u s s v o r l a g e

**Vorlage-Nr.: 2005/200**

freigegeben am

**GB 3**

**Datum: 08.09.2005**

Sachbearbeiter/in: Herr Ammermann, Hans-Hermann

### **Ausschreibung der Straßenreinigung**

#### **Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	27.09.2005	Verwaltungsausschuss

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Straßenreinigung wird ab 2006 für die zu reinigenden Straßen in 8 Monaten wöchentlich und in 4 Monaten 14-tägig durchgeführt.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der Vertrag zur Durchführung der Straßenreinigung mit der Fa. ALBA läuft zum Ende des Jahres 2005 aus. Eine neue öffentliche Ausschreibung auf Bundesebene ist notwendig.

Bisheriger Ausschreibungsinhalt war eine 14-tägige Reinigung für ca. 97 Kehrkilometer und eine wöchentliche Reinigung für ca. 19,5 Kehrkilometer. Darüber hinaus ist in der Ausschreibung die Verwertung des Kehrgutes und die 2-malige Reinigung pro Jahr von Regenabläufen enthalten.

Grundlage der Unterscheidung nach 14-tägigem bzw. wöchentlichen Kehrrhythmus war eine Festlegung aus den 90er-Jahren. Sie orientierte sich daran, ob in der Straße eine starke Begrünung durch die öffentliche Hand existierte oder nicht.

Es war in den letzten Jahren jedoch festzustellen, dass bei Laub- oder Blütenfall insbesondere der 14-tägige Kehrrhythmus nicht ausreichend war, da auch von den Privatflächen Blätter und Blüten auf die Gehwege und die Rinnenanlage fielen.

Es ist vorgesehen den Inhalt der Ausschreibung dahingehend zu verändern, dass alle zu reinigenden Straßen 8 Monate im Jahr wöchentlich und 4 Monate im Jahr 14-tägig gereinigt werden. Diese Regelung erscheint sinnvoll zu sein, da damit dem Problem des Laub- und Blütenfalls sowie dem Abstreuen der Gehwege mittels Sand Rechnung getragen wird.

Aufgrund einer Kostenschätzung werden sich voraussichtlich folgende Kosten ergeben:

Kehrlänge	Kehrintervall	E.P./Kehr-kilometer	Gesamtkosten
<b>Bisherige Regelung :</b>			
97 km	14-tägig	415 €	40.255 €
19,5 km	wöchentlich	830 €	16.185 €
			<b>56.440 €</b>
<b>Neue Regelung:</b>			
116,5 km	4 Monate 14-tägig und 8 Monate wöchentlich	640 €	<b>74.560 €</b>

Die Gesamtkosten für die Straßenreinigung werden sich zwar erhöhen, doch ist dieses auch mit einer größeren Leistung verbunden. Der **Unterschiedsbetrag** zur bisherigen Straßenreinigungsgebühr würde sich nach dieser Kalkulation voraussichtlich wie folgt darstellen:

14-tägige Reinigung: Erhöhung um ca. 6,90 €  
wöchentliche Reinigung: Verminderung um ca. 0,40 €

Im übrigen muss bei geänderten Reinigungsintervallen die für 2006 notwendige Gebühr ermittelt und beschlossen werden. Des weiteren ist die „*Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede*“ und die „*Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede –Straßenreinigungssatzung* –, neu zu erstellen und beschließen zu lassen.

Die Laufzeit der Ausschreibung ist mit 2 Jahren vorgesehen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Die nach der Submission ermittelten Kosten für die Straßenreinigung und die Einnahme und Ausgabe für die Straßenreinigung sind im Gebührenhaushalt Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2006 darzustellen.

### **Anlagen:**

keine



## **B e s c h l u s s v o r l a g e**

**Vorlage-Nr.: 2005/186**

freigegeben am 29.08.2005

**GB 1**

Sachbearbeiter/in: Herr Dudek

**Datum: 29.08.2005**

### **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2006**

#### **Beratungsfolge:**

<b><u>Status</u></b>	<b><u>Datum</u></b>	<b><u>Gremium</u></b>
Ö	19.09.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	26.09.2005	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	04.10.2005	Kultur- und Sportausschuss
Ö	04.10.2005	Feuerschutzausschuss
Ö	10.10.2005	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	10.10.2005	Schulausschuss
Ö	14.11.2005	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	06.02.2006	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	21.02.2006	Verwaltungsausschuss
Ö	21.02.2006	Rat

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2006 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

#### **Sach- und Rechtslage:**

Der Haushaltsplan 2006 ist ausgeglichen. Der Verwaltungshaushalt enthält eine Nettoinvestitionsrate von 5.100 Euro. Im Vermögenshaushalt ist eine Gesamtkreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro (davon 3.417.500 Euro vom Kreditmarkt) vorgesehen.

Dem Verwaltungsausschuss war mitgeteilt worden, dass die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2006 erst am 21.02.06 erfolgen wird. Eine Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses geht dem am 06.02.06 voraus. Der Terminplan wurde deshalb so festgelegt, um in der Haushaltsplanung und in der Beschlussfassung das Ergebnis des Haushaltsjahres 2005 und die Festsetzungen des Finanzausgleiches berücksichtigen zu können.

Nach dem jetzigen Stand der Haushaltsplanung sind große Unsicherheiten in den Bereichen der Einkommen- und der Gewerbesteuer und beim Finanzausgleich vorhanden. Die Vorschläge im Haushaltsplanentwurf berücksichtigen den Kenntnisstand von heute und beim Finanzausgleich die Überlegung, dass der Zahlungsbetrag von 2005 unter Berücksichtigung der gemeindeeigenen Entwicklungen (Einwohner, Gewerbesteuer) gehalten werden kann.

Dies allgemein vorausgeschickt, sind zu der Haushaltsplanung 2006 folgende grundsätzliche Ausführungen zu machen:

#### Herstellung des Haushaltsausgleichs:

Es kann festgestellt werden, dass die Mittelanmeldungen trotz des Fehlbedarfs kostenbewusst erfolgt sind. Der Ausgleich des Haushaltsplanes wurde letztlich dadurch hergestellt, dass Ausgaben reduziert oder, soweit vertretbar, als investive Maßnahme eingestuft und damit im Vermögenshaushalt veranschlagt wurden. Außerdem wurde bei der Gewerbesteuer optimistisch eine recht erfreuliche Entwicklung der Jahre 2004 und 2005 berücksichtigt.

Für das Haushaltsjahr 2003 musste ein Haushaltskonsolidierungskonzept erstellt werden, weil der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden konnte. Im Ergebnis war der Haushalt des Jahres jedoch in Einnahme und Ausgaben ausgeglichen. Die Planungen für die Jahre 2004, 2005 und 2006 konnten im Verwaltungshaushalt ohne Fehlbedarf aufgestellt werden. Dies ist nicht das Ergebnis struktureller Verbesserungen, wie bei Betrachtung der Ergebnisse der Abarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes festgestellt werden kann. Einsparungen und Verzicht sind bis heute die ausschlaggebenden Faktoren zur Herstellung des Haushaltsausgleichs.

#### Einzelheiten:

Es macht wenig Sinn, die Einnahme- und Ausgabearten im zeitlichen Vergleich darzustellen, um sich zu einer Schlussfolgerung verleiten zu lassen, dass die Ausgaben oder Einnahmen zu hoch oder zu niedrig sind. Aus diesem Grunde wird überwiegend auf eine entsprechende Darstellung verzichtet.

Insgesamt nicht berücksichtigt wurde bislang eine Anhebung der Umsatzsteuer, weil einerseits ihre Erhöhung noch nicht feststeht und die Auswirkungen nicht abgeschätzt werden können.

#### Verwaltungshaushalt:

##### 1. Bewirtschaftungskosten

Berücksichtigt wurden die absehbaren Erhöhungen bei den Energiepreisen. Bei einem jetzt veranschlagten Volumen in Höhe von 1.596.700 Euro entfallen ca. 141.000 auf Preiserhöhungen.

##### 2. Bauliche Unterhaltung

Die Ansätze der baulichen Unterhaltung sind überwiegend gekennzeichnet durch Pflichtmaßnahmen wie vorgeschriebene Wartungen von Blitzschutz- und sonstigen Einrichtungen. Hinsichtlich der unvorhergesehenen Maßnahmen sind Pauschalen eingeplant werden, die sich an den Erfahrungswerten orientieren. Das Gesamtvolumen beträgt 597.500 Euro.

##### 3. Unterhaltung von Außenanlagen

Ohne den Bereich „Straße“ wurden für die Unterhaltung der Außenanlagen 548.000 Euro veranschlagt, wovon 341.900 Euro an den Bauhof für die von ihnen zu verrichtenden üblichen Unterhaltungsmaßnahmen gehen. Besonderheiten gibt es hier nicht; es sind die notwendigen Arbeiten an den Außenanlagen.

Bei der Straßenunterhaltung ist ein seit zwei Jahren konstantes Ausgabenniveau vorhanden. Das Volumen beträgt rd. 850.000 Euro. Von diesem Betrag sind rd. 666.000 Euro für den Bauhof vorgesehen. Hinzu kommen im Vermögenshaushalt veranschlagte 150.000 Euro für ein noch im Einzelnen festzulegendes Bauprogramm (frühere Bezeichnung „Deckenprogramm“).

#### 4. Personalkosten

Die Personalkosten belaufen sich auf 6.289.900; dies sind 252.700 Euro gegenüber 2005 mehr. Zur Zeit findet noch eine Überprüfung der Veranschlagung statt, da eine Änderung der Software keine exakte Vorausplanung ermöglicht. Trotzdem muss von einer Steigerung der Personalkosten aus z.B. folgenden Gründen ausgegangen werden:

Mehrausgaben entstehen aufgrund von Folgebesetzungen für fünf bewilligte Altersteilzeiten und eine Personalaufstockung (1/2 Stelle) im Bereich „Hartz IV“. Hier ist zu beachten, dass den Mehrausgaben auch Zuschüsse der Agentur für Arbeit gegenüber stehen sowie Erstattungen des Landkreises für die Stelle im Bereich „Hartz IV“ (Die geschätzten Fallzahlen für die Leistungssachbearbeitung haben sich als zu gering erwiesen).

Ausschlaggebend für ein höheres Gesamtvolumen sind weiter die vereinbarten tariflichen Einmalzahlungen, befristete Anschlussverträge für zwei Auszubildende, Folgekosten für in 2005 ausgesprochene Höhergruppierungen aufgrund von Bewährungsaufstiegen und eine Beförderung.

Stellenplan:

Der Stellenplan und die Erläuterungen dazu sind in den Anlagen 8 und 9 enthalten.

#### 5. Allgemeine Deckungsmittel

<b>Verwaltungshaushalt</b>			<b>2005</b>		<b>2006</b>	<b>Abweichung zu 2005 gegenüber</b>	
<b>Einnahmen</b>			Ansatz	erwartetes Ergebnis 2005	Ansatz	Ansatz 2005	Ergebnis 2005
9000	000000	Grundsteuer A	145.000	156.509	156.000	11.000	-509
9000	001000	Grundsteuer B	1.900.000	1.949.590	1.950.000	50.000	410
9000	003000	Gewerbesteuer	3.789.800	4.472.043	4.475.000	685.200	2.957
9000	010000	Einkommensteuerbet.	3.912.400	3.725.800	3.738.000	-174.400	12.200
9000	012000	Umsatzsteuerbet.	330.000	321.300	326.900	-3.100	5.600
9000	021000	Vergnügungssteuer	20.000	21.399	21.000	1.000	-399
9000	022000	Hundesteuer	51.000	52.370	51.500	500	-870
9000	041000	Schlüsselzuweisungen	1.436.400	1.602.845	1.573.000	136.600	-29.845
9000	061000	Zusch. übertr. WK	316.700	320.432	322.100	5.400	1.668
<b>Summe</b>			<b>11.901.300</b>	<b>12.622.288</b>	<b>12.613.500</b>	<b>712.200</b>	<b>-8.788</b>
<b>Ausgaben</b>							
9000	810000	Gewerbesteuerumlage	990.300	1.180.075	1.232.800	242.500	52.725
9000	832000	Kreisumlage	4.000.000	4.061.480	4.001.700	1.700	-59.780
<b>Summe</b>			<b>4.990.300</b>	<b>5.241.555</b>	<b>5.234.500</b>	<b>244.200</b>	<b>-7.055</b>
<b>Saldo</b>			<b>6.911.000</b>	<b>7.380.733</b>	<b>7.379.000</b>	<b>468.000</b>	<b>-1.733</b>

Die Beteiligung an der Einkommensteuer orientiert sich an der letzten Steuerschätzung. Weitere „Unbekannte“ sind die für alle Kommunen individuellen Schlüsselzahlen, die auf die Verteilungsmasse angewendet wird. Sie wird ab 2006 für wieder insgesamt drei Jahre festgesetzt. Mit einer Verbesserung ist nicht zu rechnen, weil die Gemeinde Rastede, wie

auch Edewecht und Westerstede lt. der Statistik zu den Einkommensteuer schwachen Gemeinden des Ammerlandes zählen.

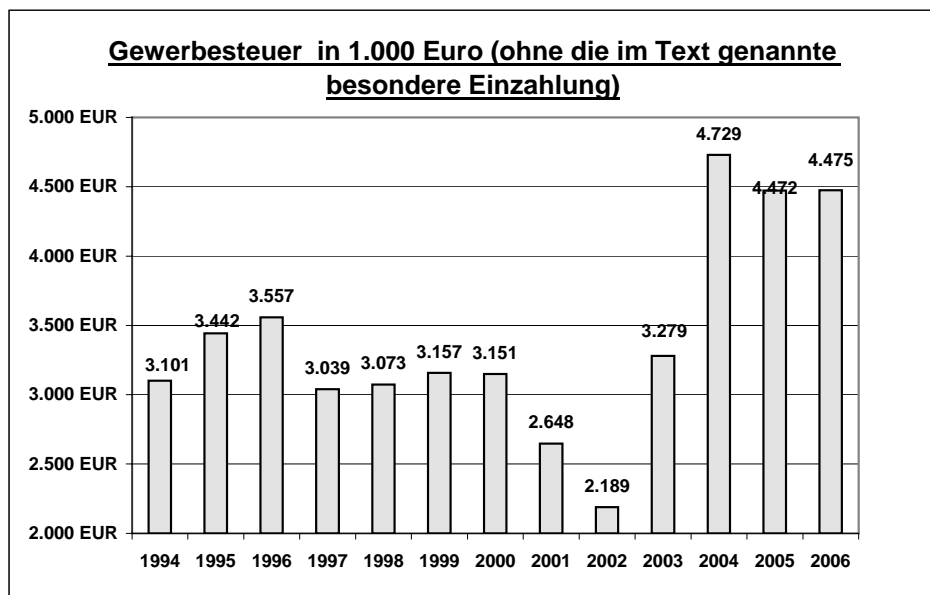
Völlig im Gegensatz dazu steht die Entwicklung der Gewerbesteuer, die jetzt im zweiten Jahr in Folge eine bisher unerreichte Höhe erzielt hat. Bei Betrachtung der dafür ausschlaggebenden Einzelfälle hält es die Verwaltung für vertretbar, wenn auch für 2006 ein entsprechendes Einnahmenvolumen veranschlagt wird. Die in der nachstehenden Grafik für 2005 genannten 4.475.000 Euro entsprechen dem Anordnungssoll von Anfang August 2005. Das aktuelle Anordnungssoll vom 29.08.05 beträgt sogar 6.448.000 Euro aufgrund einer erheblichen Festsetzung von Gewerbesteuern und Gewerbesteuvorauszahlungen für vorangegangene Jahre und aufgrund einer in 2005 wirksamen Vorauszahlung für 2006 wegen eines festgelegten „vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres“.

Es bleibt abzuwarten, ob die hohen Gewerbesteuerzahlungen rechtlich bestehen bleiben. Werden die Einnahmen kassenwirksam, sind dies für die Gemeinde grundsätzlich äußerst erfreuliche Einzahlungen, die sich aber auf die Haushaltsplanung der kommenden Jahre gravierend auswirken. Von der Zahlung in Höhe von knapp 2 Mio. Euro bleiben der Gemeinde über den Zeitraum von zwei Jahren (2005 und 2006) bei derzeitiger Entwicklung des Finanzausgleichs rd. 156.000 Euro übrig. Die erfreuliche Einnahme verliert die Gemeinde an die Gewerbesteuerumlage und an eine wegen dieses Ereignisses (steigende Steuerkraft) sinkende Schlüsselzuweisung und Erhöhung der Kreisumlage.

Im Einzelnen: Eine hohe (Gewerbe-)Steuerzahlung wirkt sich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen aus. Der Zeitpunkt der Wirkung ist davon abhängig, ob die Zahlung vor dem 30.09. eines Jahres eingeht oder danach. Wenn die Zahlung noch vor dem 30.09. erfolgt, wirkt sich dies auf die Schlüsselzuweisungen des folgenden Jahres aus. Sollten die Zahlungen also noch vor dem 30.09.05 eingehen, wovon nach heutigem Stand der Kenntnisse auszugehen ist, sinken die Schlüsselzuweisungen in 2006 um bis zu 950.000 Euro. Hierfür müsste ein Ausgleich bei den Veranschlagungen des Haushaltsplanes 2006 gefunden werden, weil ein 2005 im Verwaltungshaushalt entstehender Überschuss in den Vermögenshaushalt fließt und für 2006 dem Verwaltungshaushalt verloren geht. Außerdem wirkt sich die Einzahlung vor dem 30.09. auf die Höhe der Kreisumlage aus. Die Kreisumlage wird auf der Grundlage der gemeindlichen Steuerkraft und unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen berechnet. Weil durch die Einmalzahlung die Steuerkraft so erheblich steigt, erhöht sich auch die Kreisumlagenzahlung um bis zu 540.000 Euro, die 2006 ebenfalls ausgeglichen werden muss. Insgesamt ist also in 2006 für voraussichtlich 1.490.000 Euro ein Ausgleich zu finden. Es ist kaum nachzuvollziehen, dass der Gemeinde nach dem Haushaltsrecht eine im Verwaltungshaushalt erzielte Einnahme über eine Jahresgrenze hinweg für den Verwaltungshaushalt verloren geht und dann zu erheblichen Problemen beim Haushaltsausgleich des Folgejahres führt.

Aus dem v.g. Grund besteht eine Überlegung der Verwaltung, haushaltsrechtlich in Höhe der voraussichtlichen Einnahmeverringerung des Jahres 2006 insbesondere Unterhaltungsmaßnahmen nach 2005 vorzuziehen. Soweit eine Abarbeitung der Maßnahmen nicht möglich ist, wären entsprechende Haushaltsreste zu bilden.

Soweit die entscheidenden Zahlungen erst nach dem 01.10. eingehen werden, reduzieren sich die Schlüsselzuweisungen und erhöht sich die Kreisumlage in den genannten Höhen erst 2007.



Würde die v.g. Problematik der Gewerbesteuer(nach)zahlung nicht bestehen, ergäbe sich gegenüber der Veranschlagung 2005 eine Verbesserung bei den allgemeinen Deckungsmitteln in Höhe von 468.000 Euro.

## Vermögenshaushalt

1. Der Vermögenshaushalt ist gekennzeichnet durch Erschließungsmaßnahmen einschließlich des damit verbundenen Grundstückserwerbs und – verkaufs.

Es ist hinreichend zu beobachten, dass sich gerade in diesem Bereich regelmäßig Abweichungen von den Planungen ergeben. Dies liegt hauptsächlich daran, dass sich die Grundstücksvermarktung kaum mit Sicherheit planen lässt. So gesehen ist die Veranschlagung im Vermögenshaushalt regelmäßig eine Momentbetrachtung; siehe hierzu die nachfolgende Tabelle über wichtige Einnahme- und Ausgabeblöcke des Vermögenshaushaltes.

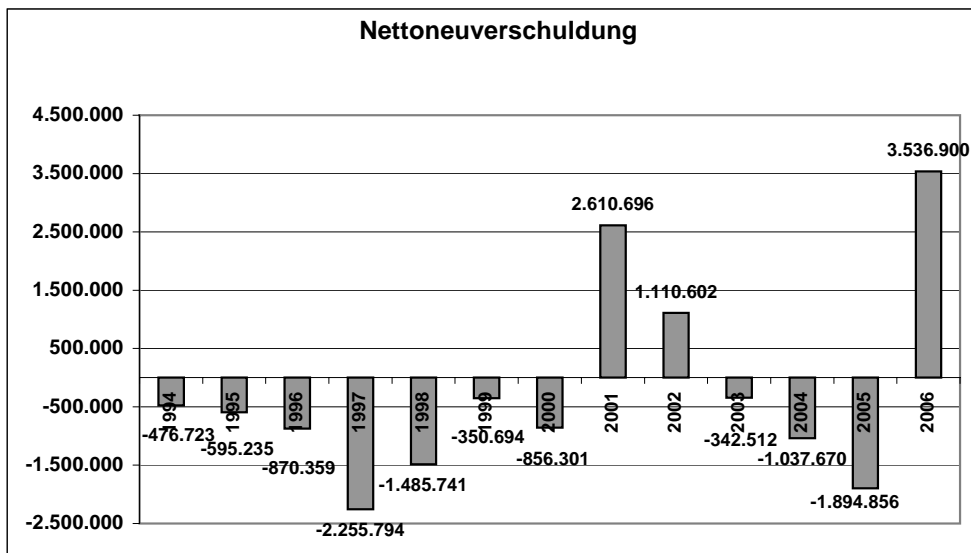
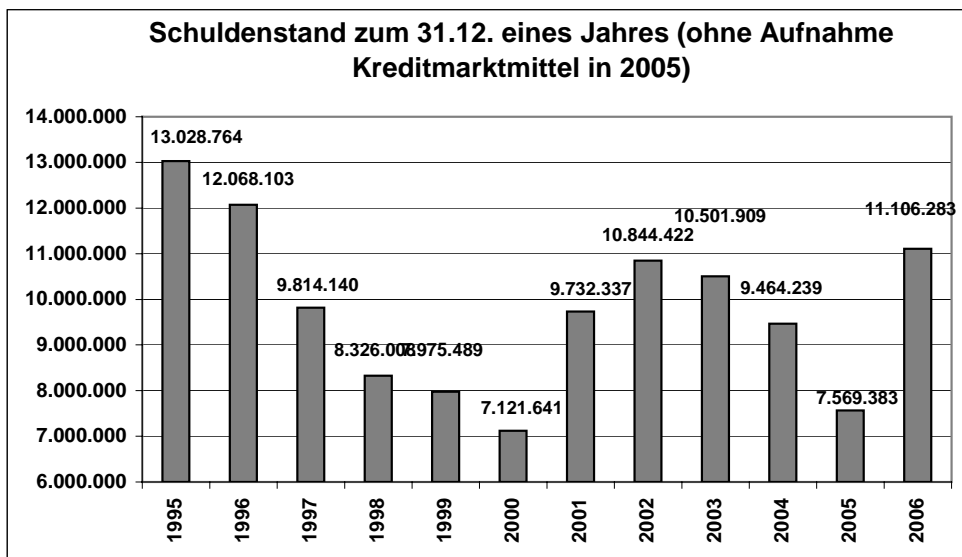
Um zu einer transparenten Haushaltsplanung zu kommen, wird die Verwaltung zu Gunsten von 2006 nur Haushaltsausgabereste bilden, wenn in 2005 noch entsprechende Aufträge erteilt wurden; eine pauschale Resteübertragung kommt nicht in Betracht. In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass 2005 möglicher Weise auf die Aufnahme der veranschlagten Kredite vom Kreditmarkt in Höhe von 2.177.300 Euro verzichtet werden kann. Die Ausführung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes 2005 muss natürlich noch abgewartet werden; die Bildung von Haushaltseinnahmeresten für Kredite ist nicht auszuschließen.

	2006	2005		2004
	HHPlan	HHPlan	Stand 29.08.2005	HHPlan
<b>Ausgaben</b>				
Hochbau	1.961.000	1.213.000		1.222.932,12
Tiefbau				
- Erschließung	3.000.500,00	3.313.100,00		2.806.239,43
- Straßenausbau	948.000,00	1.137.500,00		148.392,00
Grunderwerb	2.055.300,00	2.191.500,00	3.121.784,00	1.193.306,92
Summe	6.003.800,00	6.642.100,00	6.434.884,00	4.147.938,35
<b>Einnahmen</b>				
Grundstücksverkauf	1.572.200,00	2.514.400,00	5.033.006,00	1.957.739,22
<b>Saldo für Erschließung</b>	-3.483.600,00	-2.990.200,00	-1.401.878,00	-2.041.807,13

Der sich aus der vorstehenden Tabelle ergebende Saldo für die Erschließungstätigkeit 2006 ist, (die Eigenfinanzierung des Vermögenshaushaltes beträgt 63 % von 9.256.900 Euro) gleichzeitig weitestgehend Kreditbedarf (Kreditmarkt 3.417.500 Euro). Was die geplanten und in Bau befindlichen Baumaßnahmen betrifft, wird auf die bisherigen und kommenden Einzelberatungen sowie die Sach- und Baustandsberichte hingewiesen.

## 2. Kredite/Schulden

Die Ausgabeveranschlagungen im Vermögenshaushalt erfordern eine Kreditaufnahme in Höhe von 3.966.600 Euro. Die sich daraus ergebende Schuldenentwicklung kann den folgenden Grafiken entnommen werden.



Nicht veranschlagte Maßnahmen:

Unter anderem für die folgenden Maßnahmen wurden in 2006 keine Haushaltsmittel veranschlagt. Soweit die Maßnahmen in das Investitionsprogramm verschoben wurden, ist in der Tabelle ein Hinweis enthalten.

Glied.	Grupp.	Anteil- budget		Text	Betrag	Bemerkung
13000	950100	1102	Feuerwehr	Neuanlage von Löschwassieranlagen	5.000,00	Vorschlag der Feuerwehr
21030	950000	2103	GS Hahn-Lehmden	Tiefbaumaßnahme; Sanierung Schulhof	10.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21040	940007	2104	GS Wahnbek	Hochbaumaßnahme; Neueindeckung des Daches (Altbau)	60.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); altes Dach abgängig
21050	940005	2105	GS Loy	Hochbaumaßnahme; Akustikmaßnahme (3 Klassenräume)	19.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); schlechte Akustik in den Räumen
21050	950001	2105	GS Loy	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung	4.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
21400	935400	2201	Schule für Lernhilfe	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außer- halb Schulbudget)	5.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm) Gardinen Gymnastikhalle.
21400	940009	2201	Schule für Lernhilfe	Hochbaumaßnahme; Sanierung Toilettenanlagen	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm.); Trennwände und Einrichtungen veraltet
28100	935006	2301	KGS	Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	8.000,00	Beschilderungssystem 3000,00, Gardinen Verwaltungstrakt 5000.
28100	940013	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Einrichtung Fachraum EDV	35.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Ergebnis Bereisung Schulausschuss Juni 2005
28110	940010	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung Flure (Bereich Naturwissenschaften)	15.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
28110	940012	2301	KGS	Hochbaumaßnahme; Sanierung WC-Anlagen	40.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); alte WC Anlagen abgängig
28110	950002	2301	KGS	Tiefbaumaßnahme; Schulhofsanierung (Einbau Schwarzecke)	30.000,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm); Fläche durch Wurzel und Frost beschädigt
36600	987003	3101	Palais	Zuw. u. Zuschüsse für Investitionen; Beleuchtung Palaisgebäude	6.000,00	Verschoben nach 2005 (Investitionsprogramm) Neuinstallation
46410	935200	4502	KiGa Voßbarg	Ersatzbeschaffung Spielgerät	7.500,00	Verschoben nach 2007 (Investitionsprogramm)
		5400	Sportförderung		325.000,00	Zuschuss Schützenverein Leuchtenburg e.V. für Renovierungs- und Erweiterungsarbeiten. Vorlage VA 2005/116 Zahlungsplanung: 2006 = 24.000 Euro 2007 = 12.800 Euro 2008 = 28.200 Euro Überarbeiteter Finanzierungsplan liegt noch nicht vor angeforderte Erläuterungen zu Eigenleistungen ebenfalls nicht.

### 3. Investitionsprogramm

In dem Investitionsprogramm (und im Finanzplan) ist eine erhebliche Reduzierung an Investitionstätigkeit ab 2007 erkennbar. Dies liegt daran, dass nur die bekannten Investitionskosten berücksichtigt wurden. Die Verwaltung hat davon Abstand genommen, denkbare, aber in den Gremien noch nicht konkret angesprochene Maßnahmen in das Investitionsprogramm aufzunehmen.

### 4. Finanzplan

Der Finanzplan berücksichtigt die heutigen Erkenntnisse zukünftiger Einnahme- und Ausgabeentwicklung. Die Geschäftsbereiche waren im Rahmen der Mittelanmeldungen verpflichtet, sich über die zukünftige Einnahme- und Ausgabeentwicklung je Haushaltsstelle Gedanken zu machen. Der Finanzplan kumuliert letztlich die Ergebnisse der Mittelanmeldung für jede Haushaltsstelle.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Siehe Sach- und Rechtslage

### **Anlagen:**

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2006 (Anlage 1)
2. Finanzplan (Anlage 2)
3. Investitionsprogramm (Anlage 3)
4. Ausgabebedarf aus Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 4)
5. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind. (Anlage 5)
6. Stellenplan (Anlage 6)
7. Erläuterungen zum Stellenplan (Anlage 7)
8. Entwurf des Haushaltsplanes 2006 (wird gesondert in Papierform zugestellt)



# **Haushaltssatzung**

## **der Gemeinde Rastede**

### **für das Haushaltsjahr 2006**

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 wird

**im Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	27.812.500 Euro (noch ohne Verrechnung Regiekosten)
in der Ausgabe auf	27.812.500 Euro (noch ohne Verrechnung Regiekosten)

**im Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	9.256.900 Euro
in der Ausgabe auf	9.256.900 Euro

festgesetzt.

Der Wirtschaftsplan des Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede für das Wirtschaftsjahr 2006 wird

**im Erfolgsplan**

in der Einnahme auf	***** Euro
in der Ausgabe auf	***** Euro

**im Vermögensplan**

in der Einnahme auf	***** Euro
in der Ausgabe auf	***** Euro

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 3.966.600 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen im Vermögensplan des Optimierten Regiebetriebes des Bauhofes der Gemeinde Rastede wird auf \*\*\*\*\* € festgesetzt.

## § 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 1.676.000 € festgesetzt.

## § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem Kassenkredite im Haushaltsjahr 2006 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.500.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2006 wie folgt festgesetzt:

### 1. Grundsteuer

- |   |          |
|---|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 280 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | 300 v.H. |

2. Gewerbesteuer	310 v.H.
------------------	----------

Gemeinde Rastede, den

Decker  
- Bürgermeister -

## Finanzplan 2005-2009

Gruppierung	Einnahmeart	2005	2006	2007	2008	2009
	<b>Einnahmen des Verwaltungshaushalts</b>					
000, 001	Grundsteuer A und B	2.045	2.106	2.141	2.156	2.190
003	Gewerbesteuer	3.790	4.475	4.475	4.481	4.490
010	Gemeindeanteil a.d. Einkommensteuer	3.913	3.738	3.750	3.818	3.870
012	und Beteiligung an der Umsatzsteuer	330	327	336	353	359
02, 03	sonstige Gemeindesteuern	71	72	72	73	73
<b>00 - 03</b>	<b>Steuern zusammen</b>	<b>10.149</b>	<b>10.718</b>	<b>10.774</b>	<b>10.881</b>	<b>10.982</b>
04-06	Allgemeine Zuweisungen					
041, 051, 061	vom Land	1.753	1.895	1.865	1.865	1.865
062	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	220	264	260	260	260
<b>0</b>	<b>Steuern, Allgem. Zuweis. u. Umlagen zusammen</b>	<b>12.122</b>	<b>12.877</b>	<b>12.899</b>	<b>13.006</b>	<b>13.107</b>
10, 11, 12	Gebühren u. ähnl. Entgelte, zweckgeb. Abgaben	3.252	3.225	3.250	3.275	3.300
13, 14, 15	Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten, Sonst.	311	303	302	302	302
16, 17	Zuweis./Zuschüsse f. lfd. Zwecke, Erstattungen					
161, 171	vom Land	440	450	424	424	424
162, 163, 172	von Gemeinden u. Gemeindeverbänden,	9.566	8.327	8.327	8.327	8.327
173	von Zweckverbänden u. dgl.					
164-169	von übrigen Bereichen	3.491	724	713	687	664
<b>1</b>	<b>Einnahmen aus Verwaltung u. Betrieb zusammen</b>	<b>17.060</b>	<b>13.029</b>	<b>13.016</b>	<b>13.015</b>	<b>13.017</b>
20	Zinseinnahmen	35	38	38	37	37
21, 22, 24-28	übrige Finanzeinnahmen	1.766	1.869	1.872	1.874	1.876
<b>2</b>	<b>sonstige Finanzeinnahmen zusammen</b>	<b>1.801</b>	<b>1.907</b>	<b>1.910</b>	<b>1.911</b>	<b>1.913</b>
<b>0 - 2</b>	<b>Einnahmen des Verwaltungshaushalts zusammen:</b>	<b>30.983</b>	<b>27.813</b>	<b>27.825</b>	<b>27.932</b>	<b>28.037</b>
	<b>Einnahmen des Vermögenshaushalts</b>					
30	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	540	435	526	565	611
31	Entnahmen aus Rücklagen	0	0	0	0	0
32, 33, 34	Rückfl. v. Darl. u. Kapitaleinlagen, Einnahmen a. Veräuß.v	2.534	1.587	1.646	1.682	1.660
	Beiteiligungen u. v. Sachen d. Anlagevermögens					
35	Beiträge und ähnl. Entgelte	2.512	1.250	1.092	1.189	1.040
36	Zuw./Zusch.f. Invest./Inv.-Förderungsmaßnahmen					
361	vom Land	739	1.774	230	230	230
362, 363	v. Gemeinden, Gemeindeverb., Zweckverb. u. dgl.	241	243	58	48	48
364-368	von übrigen Bereichen	0	1	1	0	0
37	Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen					
372, 373	von Gemeinden, Gemeindeverbänden von					
	Zweckverbänden und dgl.	535	549	0	0	0
374-378	vom sonstigen öffentlichen Bereich u. Kreditmarkt	2.177	3.418	1.654	1.153	0
378	Umschuldungen	0	0	0	0	0
<b>3</b>	<b>Einnahmen des Vermögenshaushalts zusammen</b>	<b>9.278</b>	<b>9.257</b>	<b>5.207</b>	<b>4.867</b>	<b>3.589</b>
<b>0 - 3</b>	<b>Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen</b>	<b>40.261</b>	<b>37.070</b>	<b>33.032</b>	<b>32.799</b>	<b>31.626</b>

# Finanzplan 2005-2009

Gruppierung	Ausgabeart	2005	2006	2007	2008	2009
	<b>Ausgaben des Verwaltungshaushalts</b>					
<b>4</b>	<b>Personalausgaben</b>	6.037	6.290	6.323	6.341	6.342
50 - 66	Sächl. Verw.-/ Betr.-Aufwand (ohne Gr. 67/68)	5.055	5.523	5.511	5.505	5.505
670-678	Erstattungen v. Ausgaben d. Verw.-Haushalts	411	526	524	524	524
679	Innere Verrechnungen	2.841	0	0	0	0
68	Kalkulatorische Kosten	1.478	1.565	1.565	1.565	1.565
<b>5/6</b>	<b>Sächl. Verw.- u. Betriebsaufwand zusammen</b>	<b>9.785</b>	<b>7.614</b>	<b>7.600</b>	<b>7.594</b>	<b>7.594</b>
<b>71,72</b>	<b>Zuweisungen und sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke, Schuldendiensthilfen</b>					
715,716,725	kommunale Sonderrechnungen und sonstige	34	34	34	34	34
726	öffentliche Sonderrechnungen					
714,717,718		0	0	0	0	0
724,727,728	an übrige Bereiche	907	990	915	915	915
73 - 79	Leistungen d. Sozialhilfe u. ä.	8.266	6.881	6.881	6.881	6.881
<b>7</b>	<b>Zuweisungen und Zuschüsse zusammen (nicht für Investitionen)</b>	<b>9.207</b>	<b>7.905</b>	<b>7.830</b>	<b>7.830</b>	<b>7.830</b>
80, 877	Zinsausgaben	416	321	400	425	441
810	Gewerbesteuerumlage u. ä.	990	1.233	1.083	1.084	1.086
82, 83	Allgemeine Zuweisungen und Umlagen	4.000	4.002	4.050	4.080	4.120
84, 85	Übrige Finanzausgaben	8	13	13	13	13
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Pflichtzuführung)	540	430	526	565	585
86	Zuführung zum Verm.-Haush.(Nettozuführung)	0	5	0	0	26
893	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
<b>8</b>	<b>Sonstige Finanzausgaben zusammen</b>	<b>5.954</b>	<b>6.004</b>	<b>6.072</b>	<b>6.167</b>	<b>6.271</b>
<b>4-8</b>	<b>Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen</b>	<b>30.983</b>	<b>27.813</b>	<b>27.825</b>	<b>27.932</b>	<b>28.037</b>
	<b>Ausgaben des Vermögenshaushalts</b>					
90	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0	0	0	0	0
91	Zuführung zur Rücklage	0	0	0	0	0
<b>92</b>	<b>Gewährung von Darlehen</b>					
925	an kommunale Sonderrechnungen	76	29	50	60	50
<b>98</b>	<b>Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen</b>					
982	an Gemeinden/Gemeindeverbände	385	187	85	85	85
987	an private Unternehmen	107	25	26	27	28
988	an übrige Bereiche	30	25	28	26	27
<b>93</b>	<b>Vermögenserwerb</b>					
932	Erwerb von Grundstücken	2.192	2.055	3	3	4
935	Erwerb v. bewegl. Sachen d. Anlagevermögens	274	584	174	276	90
<b>94, 95, 96</b>	<b>Baumaßnahmen</b>	<b>5.674</b>	<b>5.922</b>	<b>4.315</b>	<b>3.825</b>	<b>2.403</b>
<b>98,93,94-96</b>	<b>Invest./Invest.-Förderungsmaßnahmen gesamt</b>	<b>8.662</b>	<b>8.798</b>	<b>4.631</b>	<b>4.242</b>	<b>2.637</b>
<b>97</b>	<b>Tilgung v. Krediten, Rückzahl. Innerer Darlehen</b>					
970	an Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	0	0	0	0	0
971	an Land	0	0	0	0	0
972,973	an Gemeinden, Gemeinde-/Zweckverb. u. dgl.	199	215	239	239	231
974-978	an übrige Bereiche, Kreditmarkt	341	215	287	326	354
971	Umschuldungen/außerordentl. Tilgungen	0	0	0	0	317
92	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	0	0	0	0	0
<b>9</b>	<b>Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen</b>	<b>9.278</b>	<b>9.257</b>	<b>5.207</b>	<b>4.867</b>	<b>3.589</b>
<b>4 - 9</b>	<b>Verwaltungs- und Vermögenshaushalt zusammen</b>	<b>40.261</b>	<b>37.070</b>	<b>33.032</b>	<b>32.799</b>	<b>31.626</b>

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
<b>0</b>		<b>Allgemeine Verwaltung</b>					
<b>0</b>	<b>935000</b>	Kosten der EDV - Gemeindeorgane	0	10.300	0	0	0
<b>200</b>	<b>935000</b>	Bewegliches Vermögen	27.000	58.900	20.500	20.500	20.500
<b>200</b>	<b>940002</b>	Sanierung Fenster Rathaus (3. Bauabschnitt)	140.000	50.000	0	0	0
<b>200</b>	<b>940003</b>	Einbau Schließanlage Rathaus	3.500	0	0	0	0
<b>200</b>	<b>940004</b>	Sanierung der Flure	0	7.500	0	0	0
<b>200</b>	<b>940005</b>	Energiekonzept	0	10.000	0	0	0
<b>200</b>	<b>NN</b>	Sanierung der Parkettböden			25.000		
<b>200</b>	<b>NN</b>	Sanierung Dacheindeckung, Energiesparmaßnahmen					200.000
<b>500</b>		<b>Standesamt</b>					
<b>500</b>	<b>935000</b>	Erwerb von beweglichen Sachen ( Mobiliar - Palais)	4.500	0	0	0	0
<b>Summe Einzelplan 0</b>			<b>175.000</b>	<b>136.700</b>	<b>45.500</b>	<b>20.500</b>	<b>220.500</b>
<b>1</b>		<b>Öffentliche Sicherheit u. Ordnung</b>					
<b>1300</b>	<b>935000</b>	Bewegliches Vermögen - Feuerschutz	25.000	170.000	60.000	180.000	10.000
<b>1300</b>	<b>940000</b>	Neuanlage von Zäunen an Löschwasserstellen	3.000	2.500	2.500	2.500	2.500
<b>1300</b>	<b>940001</b>	Sanierungsarbeiten FW-Häuser Südbäke und Hahn	0	10.500	0	0	0
<b>1300</b>	<b>950000</b>	Sanierungsarbeiten Löschteiche	0	15.000	10.000	10.000	10.000
<b>1300</b>	<b>950100</b>	Neuanlage v. Löschwasseranlagen	1.500	0	5.000	5.000	5.000
<b>1310</b>	<b>940001</b>	Sanierung Blitzschutz (Feuerwehrgerätehäuser)	0	4.500	0	0	0
<b>1310</b>	<b>940002</b>	Sanierung Heizungsanlage (Gerätehaus Loy)	0	7.500	0	0	0
<b>Summe UA 130</b>			<b>29.500</b>	<b>210.000</b>	<b>77.500</b>	<b>197.500</b>	<b>27.500</b>
<b>Summe Einzelplan 1</b>			<b>29.500</b>	<b>210.000</b>	<b>77.500</b>	<b>197.500</b>	<b>27.500</b>
<b>2</b>		<b>Schulen</b>					
<b>2070</b>	<b>982000</b>	Kreisschulbaukasse	68.900	69.800	69.800	69.800	69.800
<b>Summe UA 207</b>			<b>68.900</b>	<b>69.800</b>	<b>69.800</b>	<b>69.800</b>	<b>69.800</b>
<b>210</b>		<b>Grundschulen</b>					
		<b>Grundschule Kleibrok</b>					
<b>2102</b>	<b>935000</b>	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
<b>2102</b>	<b>935001</b>	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	2.000	2.000	0	0	0
<b>2102</b>	<b>935100</b>	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
<b>2102</b>	<b>940001</b>	Sanierungsmaßnahmen	28.500	30.000	25.000	25.000	25.000
<b>2102</b>	<b>940003</b>	Sanierung Blitzschutzanlage	0	4.500	0	0	0
<b>2102</b>	<b>940005</b>	Sanierungsarbeiten im Verwaltungsbereich	0	6.500	0	0	0
<b>2102</b>	<b>NN</b>	Sanierung Fenster		0	50.000	50.000	50.000

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Grundschule Hahn-Lehmden</b>							
2103	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2103	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	8.500	0	0	0
2103	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2103	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	1.200	0	0	0	0
2103	940000	Sanierungsmaßnahmen	4.000	0	0	0	0
2103	940001	Sanierung Blitzschutz	0	4.000	15.000	15.000	15.000
2103	940001	San.-arbeiten in zwei Klassenräumen, Sanitär u. Heizungsbereich	0	12.500	0	0	0
2103	950000	Sanierung Schulhof	0	0	10.000	0	0
2103	NN	Sanierung Dach Altbau			70.000		
<b>Grundschule Wahnbek</b>							
2104	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2104	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2104	935300	Neuanschaffung v. bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	500	800	0	0	0
2104	940002	Brandschutzmassnahmen	80.000	0	0	0	0
2104	940003	Sanierungsmassnahmen	20.000	0	0	0	0
2104	940004	Sanierung Blitzschutzanlage	0	3.500	0	0	0
2104	940005	Sanierung Heizungsanlage	0	3.500	0	0	0
2104	940006	Einbau Akustikdecken im Erdgeschoss - Flurbereich	0	6.000	0	0	0
2104	940007	Neueindeckung des Daches (Altbau)	0	0	60.000	0	0
2104	940008	Sanierungsarbeiten in drei Klassenräumen	0	12.000	0	0	0
2104	NN	Energiesparmaßnahmen			50.000	200.000	50.000
<b>Grundschule Loy</b>							
2105	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	500	500	500	500	500
2105	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	800	800	800	800	800
2105	940003	Sanierung Heizzentrale/Warmwasserversorgung	0	25.000	0	0	0
2105	940004	Sanierung Blitzschutzanlage	0	3.000	0	0	0
2105	940005	Akustikmaßnahme (drei Klassenräume)	0	0	19.500	0	0
2105	950001	Sanierung Schulhof	0	0	4.000	0	0
<b>Grundschule Leuchtenburg</b>							
2106	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	500	500	500	500	500
2106	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	800	800	800	800	800
2106	935400	Ersatzbeschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	2.000	0	0	0	0
2106	940001	Sanierungsmaßnahmen	3.500	0	0	5.000	0
2106	940002	Blitzschutzanlage	0	2.500	0	0	0
2106	940003	Erneuerung Zaun (Schoolstraat)	0	3.500	0	0	0
2106	NN	Sanierung des Pfannendaches		0	0	60.000	0

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Grundschule Feldbreite</b>							
2107	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2107	935001	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	1.000	0	0	0	0
2107	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2107	935400	Erneuerung Hauptverteilung Milchausgabe	2.300	10.500	0	0	0
2107	940004	Planungskosten - Umbau Verwaltung und Pausenhalle	10.000	0	0	0	0
2107	940005	Sanieung (Beton) Seitenfassade	7.500	10.000	0	0	0
2107	940006	Akustikmaßnahmen in Klassenräumen	27.500	20.000	0	0	0
2107	940007	Einbau Brandschutztüren	12.500	0	0	0	0
2107	940008	Sanierungsmaßnahmen	16.000	0	15.000	20.000	20.000
2107	940009	Sonnenschutzanlage (EG)	15.000	0	0	0	0
2107	940010	Verbesserimg d. Raumakustik in den Klassenräumen	15.000	0	0	0	0
2107	940011	Fenstererneuerung/Sonnenschutzanlage (OG)	0	60.000	0	0	0
2107	940012	Sanierung Klassenräume (EG)	0	25.000	0	15.000	0
2107	940014	Sanierung Blitzschutzanlage	0	4.000	0	0	0
Summe UA 210			257.500	266.300	327.500	399.000	169.000
<b>Schule für Lernhilfe</b>							
2140							
2140	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2140	935100	Neuanschaffung Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	600	600	600	600	600
2140	935200	Neuanschaffung Spielgerät (außerhalb Schulbudget)	0	2.300	0	0	0
2140	935400	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	4.300	5.500	5.000	0	0
2140	940005	Erneuerung der Fenster Küche, Essraum	12.500	0	0	0	0
2140	940006	Zaunanlage Schulprojekt Teich	5.000	0	0	0	0
2140	940007	Sanierungsmaßnahmen	24.000	0	0	0	0
2140	940009	Sanierung Toilettenanlagen	0	0	35.000	0	0
2140	940010	Sanierung Blitzschutz	0	4.000	0	0	0
2140	940011	Neubau Zaun (Bereich Schulhof)	0	5.000	0	0	0
2140	940012	Sanierungsarbeiten in zwei Klassenräumen u. im Physikraum	0	4.000	0	0	0
2140	NN	Sanierung der Dacheindeckung		0	0	100.000	
2140	NN	Energiesparmaßnahmen		0	0	0	75.000
2140	982000	Erstattung Schulbeteiligung/Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2140	982100	Erstattung Schulbeteiligung/Gemeinde Wiefelstede	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
2140	982300	Beiteiligung Astrid-Lindgren-Schule in Edeweicht	0	5.000	5.000	5.000	5.000
Summe UA 214			50.400	30.400	49.600	109.600	84.600

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
2810		<b>KGS</b>					
2810	935000	Bewegliches Vermögen (Schulbudget)	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
2810	935003	Neueinrichtung Schulküchen im Raum 156 u. 157 (außerh. Sch.)	70.000	0	0	0	0
2810	935005	Neanschaffung bewegl. Vermögen (Ganztagsschule)	0	104.000	0	0	0
2810	935006	Neanschaffung von bewegl. Vermögen (außerh. Schulbudget)	0	9.000	0	0	0
2810	935100	Lehr- und Lernmittel (Schulbudget)	6.000	3.000	3.000	3.000	3.000
2810	940007	Sanierung/Renovierung von 2 Lehrküchen	30.000	0	0	0	0
2810	940008	San. Fenstervergl. mus.-techn. Bereich - Fassade Wilhelmstraße	10.000	0	0	0	0
2810	940009	Sanierung (z. Teil) Blitzschutzanlage	0	17.500	0	0	0
2810	940011	Sanierung (z. Teil) Schulhotoiletten / Einbau Geländer	0	5.000	0	0	0
2810	940012	Sanierung Flachdach (über mus. techn. Bereich)	0	75.000	0	0	0
2810	940013	Einrichtung Fachraum EDV	0	0	35.000	0	0
2810	940014	Sanierung Laborabzüge/Sicherheitsschränke	0	40.000	0	0	0
2810	940015	Sanierung Altbau	0	45.000	0	0	0
2810	940016	Umbau zur Ganztagsschule	0	370.000	0	0	0
2810	940017	Neuanlage der Deckenbeleuchtung	0	107.000	0	0	0
2810	940018	Sanierungsarbeiten am Dach	0	6.000	0	0	0
2810	NN	Energiesparmaßnahmen		0	0	0	100.000
2810	NN	Sanierung Fassade und Sonnenschutz		0	100.000	0	0
2810	NN	Dachsanierung		0	0	80.000	0
2810	NN	Sanierung Fenster 3-geschossiger Teil		0	100.000	0	0
2810	NN	Sanierung der Außen-WC-Anlage		0	25.000	0	0
2810	982000	Erstattung Schulbeteiligung/Landkreis	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
2810	982100	Erstattung Schulbeteiligung/Gemeinde Wiefelstede	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Summe UA 281			130.000	795.500	277.000	97.000	117.000
2920							
2920	940000	Neubau/Erweiterung von Buswartehäuschen	0	0	0	0	0
Summe UA 2920			0	0	0	0	0
2811		<b>Gebäude Feldbreite</b>					
2811	935000	Inventar für zwei naturwissenschaftlich Räume	36.000	20.000	30.000	0	0
2811	935001	Neanschaffung bewegl. Vermögen	5.000	0	0	0	0
2811	935003	Neanschaffung bewegl. Vermögen (Ganztagsschule)	0	64.400	0	0	0
2811	935300	Medienbeschaffung (Ganztagsschule)	0	40.000	0	0	0
2811	940000	Renovierung von zwei naturwissenschaftl. Räumen	60.000	0	0	0	0
2811	940001	Einbau Brandschutztüren	12.500	0	0	0	0
2811	940009	Erneuerung Zäune und Rundholzeinfassungen	7.500	0	0	0	0
2811	940010	Sanierung	0	0	15.000	0	0
2811	940011	Umbau zur Ganztagsschule	0	775.000	0	0	0
2811	940012	Sanierung WC-Anlagen	0	0	40.000	0	0
2811	950002	Sanierung Schulhof (Einbau Schwarzdecke)	0	0	30.000	0	0
2811	NN	Energiesparmaßnahmen		0	0	0	70.000
2811	NN	Sanierung der Dacheindeckung		0	0	0	100.000
2811	NN	Sanierung Fenster mit Sonnenschutz		0	0	50.000	0
Summe UA 2811			121.000	899.400	115.000	50.000	170.000



# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp.- Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
2920		<b>Übrige schulische Ausgaben</b>					
2920		Neubau/Erweiterung von Buswartehäuschen	0	0	5.000	5.000	5.000
		Summe UA 2920	0	0	5.000	5.000	5.000
		<b>Summe Einzelplan 2</b>	<b>627.800</b>	<b>2.061.400</b>	<b>843.900</b>	<b>730.400</b>	<b>615.400</b>
<b>3</b>		<b>Kulturpflege,Landschaftspflege</b>					
3000	988100	Zuschüsse Palais und Kunst- und Kulturkreis	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
3210	935000	Bewegliches Vermögen; Archiv	500	500	500	500	500
3520	935000	Neuanschaffung bewegliches Vermögen; Bücherei	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
3520	940001	Sanierung der Beleuchtungsanlage	7.000	0	0	0	0
3660	987002	Zuweis. U. Zuschüsse für Invest.; San. Gebäude, Nebengebäude, Parkwege Palais	0	5.600	7.000	12.200	23.400
3660	987003	Zuweis. U. Zuschüsse für Invest.; Beleuchtung Palaisgebäude	0	0	6.000	0	0
		<b>Summe Einzelplan 3</b>	<b>29.500</b>	<b>27.100</b>	<b>34.500</b>	<b>33.700</b>	<b>44.900</b>
<b>4</b>		<b>Soziale Sicherung</b>					
4350	940000	Sanierungsarbeiten Gebäude für Wohnungslose	0	13.000	0	0	0
4350	940001	Einrichtung für Wohnungslose - Sanierungsmaßnahmen	15.000	0	0	0	0
4515	988000	Investitionszuschuss Jugendraum Wapeldorf	0	7.000	0	0	0
4600	935000	Neuanschaffung von Spielgeräten - Kinderspielplätze	20.000	18.000	15.000	15.000	15.000
4605	935000	Neuanschaffung bewegl. Vermögen - Jugendtreff Villa Hartmann	2.500	1.000	1.000	1.000	1.000
4640	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen KiGA Mühlenstraße	2.300	2.100	2.100	2.100	2.100
4640	935001	Neuanschaffung Spielgerät - KiGa Mühlenstraße	0	7.200	0	0	0
4640	935400	Instandsetzung Spielgerät (Neuanlage Fallschutz) - KiGA Mühlenstr.	3.800	0	0	0	0
4640	940002	Sanierungsmaßnahmen -KiGA Mühlenstraße	6.000	0	0	0	0
4640	940003	Erneuerung Schrankwand - KiGA Mühlenstraße	0	5.000	0	0	0
4640	940004	Erneuerung der WC-Trennwände - KiGA Mühlenstraße	0	6.000	0	0	0
4640	940008	Sanierungsarbeiten Dach - KiGA Mühlenstraße	0	7.000	0	0	0
4641	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Voßbarg	1.800	2.100	2.100	2.100	2.100
4641	935200	Ersatzbeschaffung Spielgerät - KiGA Voßbarg	1.000	0	7.500	0	0
4642	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Neusüdende	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
4643	935000	Bewegliches Vermögen KiGa Loy	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
4643	935400	Instandsetzung Spielgeräte (Neuanlage Fallschutz) - KiGA Loy	2.500	0	0	0	0
4644	935000	Neuanschaffung von bewegl. Vermögen - KiGA Marienstraße	1.100	600	600	600	600
4648	940000	Ersatzbeschaffung Spielgerät Spielkreis Delfsh./Südbäke e.V.	4.000	0	0	0	0
4648	NN	KiGa Neusüdende - Sanierung der WC-Anlagen		0	0	0	40.000
4648	NN	KiGa Neusüdende - Sanierung des Daches		0	0	50.000	0
4648	NN	KiGa Voßbarg - Sanierung der Dacheindeckung		0	0	50.000	0
		<b>Summe Einzelplan 4</b>	<b>63.000</b>	<b>71.500</b>	<b>30.800</b>	<b>123.300</b>	<b>63.300</b>

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
<b>5</b>		<b>Gesundheit, Sport, Erholung</b>					
5100	982000	Kreiskrankenhaus	306.400	102.400	0	0	0
5500	935000	Bewegl. Vermögen, Vereine allgemein	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
5500	988100	Zuschüsse f. Invest. an übrige Bereiche (Verbände u. Vereine)	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
5500	988200	Investive Zuschüsse im Rahmen der Sportförderung	4.600	0	0	0	0
5500	988300	Investive Zuschüsse an übrige Bereiche (Turn- u. Sportvereine)	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
5600	940003	Flutlichtanlage (Sportplatz Mühlenstraße)	0	12.000	0	0	0
5600	950001	Erweiterung Sportplatz BBPl. 82 - Sportzentrum Hahn-Lehmden	0	15.000	410.000	0	0
5600	NN	Sanierung Flutlichtanlage Kleibrok		0	0	0	12.000
5600	NN	Sanierung Flutlichtanlage Wahnbeke		0	12.000	0	0
5600	NN	Sanierung Flutlichtanlage Hahn-Lehmden		0	0	12.000	0
5606	940003	Sanierung Blitzschutzanlage Vereinsh. Mühlenstraße	0	9.000	0	0	0
5607	960001	Rennplatz-Schlosskurve; Planungskosten	10.000	0	0	0	0
5609	940000	Anlegung einer Skateboardbahn	0	2.500	0	0	0
5651	940001	Sanierung Glasbausteinfassade (Sporth.GS Kleibrok)	130.000	0	0	0	0
5700	935000	Neuanschaffung bewegl. Verm. Freibad Rastede	3.800	5.000	2.500	2.500	2.500
5700	935001	Teilerneuerung der Sitzbänke im Freibad Rastede	5.000	0	0	0	0
5700	940002	Sanierung Beckenkopf III. BA, Schwimmerbecken - Freibad Rastede	100.000	0	0	0	0
5700	940012	Sanierung Steuerung Filtertechnik - Freibad Rastede	27.000	0	0	0	0
5700	940013	Sanierungsmaßnahmen - Freibad Rastede	16.500	0	0	0	0
5700	940014	San. Filtertechnik (Rückschlag-/Drosselklappen) - Freib.Rastede	0	19.500	0	0	0
5700	940015	San.-arbeiten in den Umkleiden und im WC - Freibad Rastede	0	8.000	0	0	0
5700	950000	Ablaufleitung z. Regenwasserkanal - Freibad Rastede	0	4.500	0	0	0
5720	935000	Bewegl. Verm. Hallenbad	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
5720	940017	Sanierungsmaßnahmen - Hallenbad	8.000	0	0	0	0
5720	940018	Attraktivitätssteigerung; Anbau Wintergarten mit Einbauten (Whirlpool) - Hallenbad	270.000	0	0	0	0
5720	940019	Heizkessel (Sommerbetrieb) - Hallenbad	0	20.000	0	0	0
5720	960000	Attraktivitätssteigerung; Planungskonzept für Weiterführung - Hallenbad	0	5.000	0	0	0
5720	NN	Attraktivitätssteigerung Hallenbad (Sanierung Umkleide- und		0	450.000	150.000	150.000
5720	NN	WC-Bereich/Sanierung Hallendecke/Sanierung Eingangsbereich)					
5720	NN	Sanierung Heizzentrale Sporthalle Feldbreite		0	150.000	0	0
		Summen Abschnitte 55,56,57	894.100	214.700	1.036.300	176.300	176.300
5800	950000	Begrünungsmaßnahmen - Anlegung Kompensationsflächen	21.600	50.000	10.800	18.000	30.000
		Summe Abschnitt 58	21.600	50.000	10.800	18.000	30.000
		Summe Einzelplan 5	915.700	264.700	1.047.100	194.300	206.300
<b>6</b>		<b>Bau-u. Wohnungswesen, Verkehr</b>					
63		<b>Gemeindestraßen - Allgemein</b>					
6300	932000	Erwerb von Grundstücken	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
6300	950000	Gemeindestraßen - Deckenprogramm	120.000	150.000	100.000	100.000	100.000
6301	950000	Denkmalsplatz - Inwertsetzung	0	25.000	64.000	38.000	0
6301	960000	Gestaltung Kögel-Willms-Platz - Planungskosten	0	8.000	0	150.000	0
		Summe Abschnitt 63	122.000	184.000	165.000	289.000	101.000

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
6310		<b>Erschließungsmaßnahmen</b>					
6310	950001	BBPl. 80, Loy, Fünfhäuserweg	66.000	0	0	0	0
6310	950010	BBPl. 75 - Göhlen - II Bauabschnitt	90.000	0	0	0	0
6310	950011	BBPl. 21 D - Südende	10.000	50.000	0	0	0
6310	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	100.000	0	0	0	0
6310	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	75.000	0	0	0	0
6310	950049	BBPl. 75 Göhlen (1. BA)	150.000	0	0	0	0
6310	950055	Sportplatz Neusüdende, Schoolkamp	70.000	0	0	0	0
6310	950058	BBPl. 63 e - Hohe Brink	225.000	105.000	0	0	0
6310	950060	BBPl. 75 - Göhlen - (3.BA)	400.000	200.000	0	0	0
6310	950061	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	30.000	770.000	775.000	775.000	325.000
6310	950062	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet	0	140.000	0	0	0
6310	950064	BBPl. 84 - Brunsweg	0	150.000	0	0	0
Summe UA 631			1.216.000	1.415.000	775.000	775.000	325.000
6320		<b>Straßenausbaumaßnahmen</b>					
6320	950000	Bushaltestelle Oldenburger Str. (Hoting)	7.500	0	0	0	0
6320	950006	Ausbau Voßbarg	0	0	0	1.000.000	750.000
6320	950025	Umbau Bushaltestelle Hahn (Sparmarkt)	0	0	15.000	0	0
6320	950026	Umbau Oldenburger Straße (Teilstück)	0	120.000	0	0	0
6320	950028	Bushaltestelle Oldenburger Str./ Lindenstraße	0	3.000	0	0	0
6320	950029	Sanierung Pflanzscheiben (Oldenburger Str.)	0	30.000	62.000	55.500	0
6320	950031	Ausbau Logemanns Damm	535.000	200.000	0	0	0
6320	950032	Ausbau Alter Lehmdor Weg	95.000	95.000	0	0	0
6320	950041	SAB Eichendorffstraße	500.000	500.000	0	0	0
6320	NN	Ausbau Meenheitsweg		0	150.000	0	0
Summe UA 632			1.137.500	948.000	227.000	1.055.500	750.000
61,62,67		<b>Wohnungsbauförderung, Beleuchtung</b>					
6200	932000	Erwerb v. Wohnbauflächen	1.882.500	2.051.800	0	0	0
6700	940000	Sanierung Straßenbeleuchtung	55.000	70.000	36.000	69.000	29.000
6700	940002	San. Verteilerschränke (Straßenbeleuchtung)	0	7.500	0	0	0
Summe Abschnitte 61,62,67			1.937.500	2.129.300	36.000	69.000	29.000
Summe Einzelplan 6			4.413.000	4.676.300	1.203.000	2.188.500	1.205.000
7		<b>Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung</b>					
7000		<b>Abwasserbeseitigung - Schmutzwasser</b>					
7000	935000	Bewegliches Vermögen	12.000	10.000	0	0	0
7000	950100	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	30.000	25.000	0	0	0
Summe UA 700			42.000	35.000	0	0	0

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
7010		<b>Baumaßnahmen Klärwerk</b>					
7010	940000	Sanierung Fenster Nebengebäude	10.000	0	0	0	0
7010	940001	Sanierung Heizung Nebengebäude	7.000	0	0	0	0
7010	950000	Erneuerung Räumschildträger Nachklärbecken 2	7.000	0	0	0	0
7010	950001	San. (z.Teil) Schlammleitungen	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000
		Summe UA 701	44.000	10.000	10.000	10.000	10.000
7011		<b>Baumaßnahme SW-Kanäle</b>					
7011	950001	BBPl. 80 Loy, Fünfhäuserweg	64.000	0	0	0	0
7011	950010	BBPl. 75 Göhlen, II. Bauabschnitt	55.000	0	0	0	0
7011	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	130.000	0	0	0	0
7011	950058	BBPl. 63 e, Hohe Brink	10.000	0	0	0	0
7011	950060	BBPl. 75 Göhlen, III. Bauabschnitt	515.000	0	0	0	0
7011	950061	BBPl. 79 - südlich Schloßpark	20.000	320.000	215.000	215.000	0
7011	950062	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet Brombeerweg	0	40.000	0	0	0
7011	950064	BBPl. 84 - Brunsweg	0	85.000	0	0	0
7011	NN	Gewerbegebiet Schafjückenweg II. BA		0	250.000	0	0
		Summe UA 7011	794.000	445.000	465.000	215.000	0
7020		<b>Baumaßnahmen Abwasserkanäle</b>					
7020	950007	Erneuerung SW-Kanal SAB Eichendorffstraße	105.000	105.000	0	0	0
7020	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	25.000	0	0	0	0
7020	NN	SWK Meeheitsweg		0	30.000	0	0
		Summe UA 7020	130.000	105.000	30.000	0	0
7030		<b>Sanierungsmaßnahmen Abwasserkanäle</b>					
7030	950001	Sanierungsmaßnahmen	80.000	0	0	0	0
7030	950006	SW-Sanierungsmaßnahmen	0	100.000	120.000	170.000	100.000
		Summe UA 7030	80.000	100.000	120.000	170.000	100.000
7040		<b>Sanierungsmaßnahmen Pumpwerke</b>					
7040	950006	Sanierung von Pumpwerken	33.000	21.000	20.000	20.000	20.000
		Summe UA 7040	33.000	21.000	20.000	20.000	20.000
7100		<b>Abwasserbeseitigung - Regenwasser</b>					
7100	950100	Grundstücksanschlüsse (nur Anschlußstutzen)	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
		Summe UA 7100	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000

# INVESTITIONSPROGRAMM 2005 - 2009

Glied.- Ziffer	Grupp. Ziffer	Aufgabenbereich	2005	2006	2007	2008	2009
7110		<b>Baumaßnahmen RW-Kanäle</b>					
7110	950001	BBPl. 80 Loy, Fünfhäuserweg	60.000	0	0	0	0
7110	950010	BBPl. 75 Göhlen (II. Bauabschnitt)	70.000	0	0	0	0
7110	950016	BBPl. 78 a - Ostermoor	135.000	0	0	0	0
7110	950058	BBPl. 63 e - Hohe Brink	10.000	0	0	0	0
7110	950060	BBPl. 75 Göhlen (III. Bauabschnitt)	390.000	0	0	0	0
7110	950061	BBPl. 79 - südlich Schlosspark	20.000	250.000	190.000	190.000	0
7110	950062	BBPl. 68 c - Gewerbegebiet Brombeerweg	0	70.000	0	0	0
7110	950064	BBPl. 84 - Brunsweg	0	100.000	0	0	0
7110	NN	Gewerbegebiet Schafjückenweg		0	350.000	0	0
Summe UA 7110			685.000	420.000	540.000	190.000	0
7120		<b>Baumaßnahmen Abwasserkanäle RW</b>					
7120	950036	Gewerbegebiet Schafjückenweg	25.000	0	0	0	0
7120	950041	Erneuerung RWK Eichendorffstraße	100.000	100.000	0	0	0
7120	NN	Erneuerung RWK Meenheitsweg		0	40.000	0	0
Summe UA 7120			125.000	100.000	40.000	0	0
7130		<b>RW-Sanierungsmaßnahme</b>					
7130	950001	Sanierungsmaßnahmen	30.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Summe UA 7130			30.000	80.000	80.000	80.000	80.000
76,77,79							
7601	935000	Bewegl. Vermögen, Dorfgemeinschaftshaus Bekhausen	500	500	500	500	500
7910	932000	Erwerb Gewerbeflächen	307.000	0	0	0	0
7910	987000	Zuschuss zu Schmutzwasserbeitrag	108.000	12.000	12.000	36.000	12.000
Summe Abschnitt 76,77,79			415.500	12.500	12.500	36.500	12.500
<b>Summe Einzelplan 7</b>			<b>2.398.500</b>	<b>1.348.500</b>	<b>1.337.500</b>	<b>741.500</b>	<b>242.500</b>
8		<b>Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grundvermögen</b>					
88		<b>Allgemeines Grundvermögen</b>					
8800	932000	Allgemeiner Grunderwerb	0	2.500	2.500	2.500	2.500
8800	940001	Erneuerung der Fenster Wohnhaus Mühlenstraße 58	6.000	0	0	0	0
8800	940002	Sanierungsmaßnahmen	4.000	0	15.000	15.000	15.000
Summe Abschnitt 88			10.000	2.500	17.500	17.500	17.500
<b>Summe Einzelplan 8</b>			<b>10.000</b>	<b>2.500</b>	<b>17.500</b>	<b>17.500</b>	<b>17.500</b>
<b>Investitionen insgesamt</b>			<b>8.662.000</b>	<b>8.798.700</b>	<b>4.637.300</b>	<b>4.247.200</b>	<b>2.642.900</b>
Investitionen bisher			0	0	0	0	0
Differenz			8.662.000	8.798.700	4.637.300	4.247.200	2.642.900

## Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben (Einzeldarstellung)

Anlage 4 zur Vorlage 2005/186

Haushaltsstelle

voraussichtlich fällig werdende Ausgaben

Nummer	Bezeichnung	Gesamt	2007	2008	2009	2010
<b>5600</b>	<b>Eigene Sportstätten</b>					
950001.1	Erweiterung Sportplatz BBPl. 82 - Sportzentrum Hahn-Lehmden	410.000	410.000	0	0	0
	Summe	410.000	410.000	0	0	0
<b>6301</b>	<b>Keinen Text für Unterabschnitt gefunden</b>					
950000.3	Tiefbaumaßnahme: Denkmalsplatz (Inwertsetzung)	102.000	64.000	38.000	0	0
	Summe	102.000	64.000	38.000	0	0
<b>6320</b>	<b>Straßenausbaumaßnahmen</b>					
950030.9	Ausbau des Meenheitsweges	150.000	150.000	0	0	0
	Summe	150.000	150.000	0	0	0
<b>6700</b>	<b>Straßenbeleuchtung</b>					
940000.9	Sanierung Straßenbebeleuchtung	134.000	36.000	69.000	29.000	0
	Summe	134.000	36.000	69.000	29.000	0
<b>7011</b>	<b>SW-Kanäle in Baugebieten</b>					
950061.5	Tiefbaumaßnahme: BBPl. 79 - Südlich Schloßpark	430.000	215.000	215.000	0	0
	Summe	430.000	215.000	215.000	0	0
<b>7020</b>	<b>SW-Kanäle (SAB)</b>					
950030.9	SWK - Ausbau Meenheits- weg	30.000	30.000	0	0	0
	Summe	30.000	30.000	0	0	0
<b>7110</b>	<b>RW-Kanäle in Baugebieten</b>					
950061.3	Tiefbaumaßnahme: BBPL. 79 - Südlich Schlosspark	380.000	190.000	190.000	0	0
	Summe	380.000	190.000	190.000	0	0
<b>7120</b>	<b>RW-Kanäle (SAB)</b>					
950030.3	RWK - Ausbau Meenheitsweg	40.000	40.000	0	0	0
	Summe	40.000	40.000	0	0	0
	<b>Gesamtsumme</b>	<b>1.676.000</b>	<b>1.135.000</b>	<b>512.000</b>	<b>29.000</b>	<b>0</b>

## **Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.**

Durch organisatorische Veränderungen ab dem 01.01.98 wurden weitere Voraussetzungen zur Optimierung von Verwaltungsabläufen geschaffen. Weitergehende Optimierungen werden dadurch ermöglicht, dass die Verantwortlichkeit für die Erfüllung gemeindlicher Aufgaben jeweils an einer Stelle zusammengefasst werden<sup>1</sup>. Dadurch können ohne Reibungsverluste Ziele sowie Art und Weise der Aufgabenerledigung festgelegt und kontrolliert werden. Diese neue Form der Organisation ist allerdings nur dann effektiv, wenn gleichzeitig eine umfassende Budgetverantwortlichkeit geschaffen wird. Äußerliches Kennzeichen der "Budgetierung" ist die Zusammenfassung aller mit einer gemeindlichen Aufgabe im Zusammenhang stehenden Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen jeweils an einer Stelle im Haushaltsplan.

Da die herkömmliche Darstellung von Einnahme- und Ausgabehaushaltsstellen dieser Forderung nicht gerecht wird, ist eine Änderung zwingend.

### **1. Allgemein**

Die Aufstellung und Darstellung des Haushaltsplanes nach budgetorientierten Gesichtspunkten erfolgt im Rahmen und mit den Mitteln des jeweils gültigen Haushaltsrechts. Dies bedeutet, dass alle durch das Haushaltsrecht vorgeschriebenen Anlagen und Bestandteile sowohl der Haushaltssatzung als auch des Haushaltsplanes vorhanden sind. Sie sind im Haupt- und Sammelband enthalten. Allein der Haushaltsplan erhält eine andere Darstellungsform. Sie orientiert sich an Gesichtspunkten der Budgetierung und ist Ausfluss einer auf die jeweilige Aufgabe bezogenen gesamtverantwortlichen Mittelbewirtschaftung. Die Teilabschlüsse nach der herkömmlichen Struktur für jeden Einzelplan, Abschnitt und Teilabschnitt können dem Gesamtplan entnommen werden<sup>2</sup>.

### **2. Haushaltsgliederung, Budgetierungsregelung gemäß § 8 Abs. 2 GemHVO**

Die Haushaltsstellen behalten ihre ziffern- und textmäßigen Bezeichnungen entsprechend des Haushaltsrechtes (§ 5 GemHVO). Die Darstellung erfolgt allerdings nicht mehr entsprechend der Zugehörigkeit einer Haushaltsstelle zum Einzelplan, Abschnitt und Unterabschnitt.

Jede Haushaltsstelle wird einem Budget zugeordnet, das sich in Teil- und ggf. in Anteilbudgets unterteilt. Weil sich die Bildung der Budgets an den Aufgaben der Gemeinde orientiert, wird eine weitgehend aufgabenbezogene Ausgaben- und Einnahmedarstellung erreicht. Die als „Budget“ bezeichnete Ebene ist im Sinne des § 8 Abs. 2 GemHVO der funktional begrenzte Aufgabenbereich, der einer Verwaltungsstelle der Gemeinde zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen wurde (s. hierzu die „Handlungen und Erläuterungen zu den neuen Steuerungsstrukturen für die Verwaltung der Gemeinde Rastede“). Danach ist Budget im haushaltsrechtlichen Sinne grundsätzlich das Anteilbudget und, wenn dies nicht vorhanden ist, das Teilbudget.

---

<sup>1</sup> S. Fußnote 3

<sup>2</sup> § 5 GemHVO:

“(1) ... Für jeden Einzelplan, Abschnitt und Unterabschnitt ist ein Teilabschluss zu bilden.”

Im einzelnen siehe hierzu unter 5. Dies gilt als grundsätzlicher Haushaltsvermerk im Sinne des § 8 Abs. 2 GemHVO<sup>3</sup>

Eine Sonderstellung nimmt das Budget 80 - Service - ein. Die hier veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entstehen durch die Erledigung von Querschnittsaufgaben und sind folgerichtig mit den Budgets 10 bis 70 zu verrechnen. Hier werden seit 1998 die Kosten des Bauhofes und erstmalig ab 2000 grundsätzlich das gesamte Budget 80 mit den Budgets 10 bis 70 verrechnet. Erst mit der kompletten Verrechnung des Budgets 80 wird haushaltsplanmäßig eine vollständige Kostentransparenz bezüglich der einzelnen gemeindlichen Aufgaben erreicht.

Die haushaltsrechtlich vorgeschriebene Trennung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt wird sichergestellt<sup>4</sup>.

### 3. Form und Layout

Mit der Einführung des budgetorientierten Haushalts erhält der Haushaltsplan ein neues Aussehen. Der Plan besteht aus insgesamt neun Büchern. Für jeweils ein Budget wird ein Buch erstellt. Das erste Buch ist der Haupt- und Sammelband, in dem mindestens die Haushaltssatzung und die vom Haushaltsrecht vorgeschriebenen Anlagen und Bestandteile der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes enthalten sind.

### 4. Sammelnachweise

Sammelnachweise gibt es seit dem 01.01.98 im Haushalt der Gemeinde Rastede nicht mehr. Die Sammelnachweise, wie sie verwendet wurden, dienten dazu, für Ausgabe-Haushaltsstellen bestimmter Gruppierungen aus verschiedenen Aufgabenbereichen - also auf horizontaler Ebene - eine gegenseitige Deckungsfähigkeit herzustellen. So konnten z.B. Minderausgaben im Bereich Schulen für Mehrausgaben im Bereich Kindergarten verwendet werden. Diese sogenannte horizontale Deckungsfähigkeit, die auch im Rahmen der Budgetierung noch zulässig ist<sup>5</sup>, wird zunächst nicht aufrechterhalten, um die Entstehung von Unübersichtlichkeiten zu vermeiden - auf Ziff. 8 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

### 5. Echte Deckungsfähigkeit (§§ 8 Abs. 3<sup>6</sup>, 18 Abs. 2 Sätze 1, 2 GemHVO) (= Bildung der Budgets im haushaltsrechtlichen Sinne nach § 8 Abs. 2 GemHVO)

---

<sup>3</sup> § 8 GemHVO:

“(2) Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts für einen funktional begrenzten Aufgabenbereich, der einer Verwaltungsstelle der Gemeinde zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesen ist, können aus Gründen der Förderung der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung durch Haushaltsvermerk zu einem finanziellen Rahmen (Budget) verbunden werden; § 5 bleibt unberührt. Das gleiche gilt für entsprechende Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts. ...

(3) Bei einem nach Absatz 2 zulässig gebildeten Budget gelten die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 Satz 2 (*Zweckbindung von Einnahmen*), § 18 Abs. 2 Sätze 1 und 2 (*einseitige und gegenseitige Deckungsfähigkeit*) sowie § 19 Abs. 2 Satz 1 (*Übertragbarkeit*) als erfüllt.”

<sup>4</sup> S. Fußnote 3

<sup>5</sup> § 8 GemHVO:

(2) “... Die Ausgaben des Budgets dürfen nur dann in Sammelnachweisen veranschlagt werden, wenn ihre Deckungsfähigkeit mit den anderen Ausgaben des Budgets ausgeschlossen ist.”

<sup>6</sup> § 8 GemHVO:

(3) Bei einem nach Absatz 2 zulässig gebildeten Budget gelten die tatbestandlichen Voraussetzungen nach § 17 Abs. 1 Satz 2, § 18 Abs. 2 Sätze 1 und 2 sowie § 19 Abs. 2 Satz 1 als erfüllt.



Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist jeweils im Anteilbudget gegeben. Soweit diese Ebene nicht vorhanden ist, ist die Deckungsfähigkeit innerhalb der Teilbudgets gegeben. Hiervon gelten die folgenden Ausnahmen:

- Ausgaben der folgenden Untergruppen:
  - 6600 Verfügungsmittel
  - 6790 Verrechnung der Personalkosten
  - 6800 Kalkulatorische Abschreibungen
  - 6850 Verzinsung des Anlagekapitals
- die Haushaltsstellen:
  - 41000.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 41100.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 41300.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42000.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42100.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 42200.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48200.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48210.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 48300.672000 Einnahmeabführung an den Landkreis
  - 91000.860000 Zuführung zum Vermögenshaushalt
  - 91000.900000 Zuführung zum Verwaltungshaushalt
  - 91000.910000 Zuführung an Rücklagen
- Haushaltsstellen für die ein Deckungskreis zwischen drei Anteilbudgets eingerichtet worden ist:

	Maßnahme	Anteilbudget 6101 - Straßen Haushaltsstelle	Anteilbudget 7100 - Schmutzwasser Haushaltsstelle	Anteilbudget 7200 - Regenwasser Haushaltsstelle
Eigener Deckungskreis	Erschließung/ Tiefbaumaßnahme; BBPl. 79 – Südlich Schlosspark	6310.950061	7011.950061	7110.950061
Eigener Deckungskreis	Erschließung/ Tiefbaumaßnahme; BBPl. 68 c – Gewerbegebiet Brombeerweg	6310.950062	7011.950062	7110.950062
Eigener Deckungskreis	Erschließung/ Tiefbaumaßnahme; BBPl. 84 - Bruns- weg	6310.950064	7011.950064	7110.950064
Eigener Deckungskreis	Straßenausbaumaßnahme; Eichendorff- straße	6320.950041	7020.950007	7120.950041

Begründung für die eigenen Deckungskreise:

Aus Gründen der Praktikabilität (z.B. häufig schwierige Auseinanderrechnung von Rechnungen, die Kostenelemente des Straßen- und des Kanalbaues beinhalten) und wegen des Sachzusammenhangs, der sich aus dem Ziel der Maßnahme ergibt (Er

schließung von Baugebieten, Ausbau einer Straße), werden die Haushaltsstellen in einem Deckungskreis zusammengefasst.

Dieses vorstehend beschriebene Prinzip wird zukünftig bei allen neuen Baumaßnahmen berücksichtigt.

- Ausgaben, für die zweckgebundene Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.

6. Zweckbindung von Einnahmen, unechte Deckungsfähigkeit (§§ 8 Abs. 3<sup>7</sup>, 17 Abs. 1 Satz 2 GemHVO)

Die Zweckbindung von Einnahmen ist jeweils gegeben im Anteilbudget. Soweit diese Ebene nicht vorhanden ist, ist diese Bindung innerhalb der Teilbudgets gegeben.

7. Übertragbarkeit

a) Vermögenshaushalt

Das Finanzverwaltungsamt nimmt die Übertragung aufgrund einer schriftlichen Anzeige des Fachbereiches vor. In der Anzeige ist ausführlich zu begründen, warum und für welchen Zweck Mittel übertragen werden sollen.

b) Verwaltungshaushalt (§§ 8 Abs. 3<sup>8</sup>, 19 Abs. 2 Satz 1 GemHVO)

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sind übertragbar. Das Finanzverwaltungsamt nimmt die Übertragung aufgrund einer schriftlichen Anzeige des Fachbereiches vor. In der Anzeige ist ausführlich zu begründen, warum und für welchen Zweck Mittel übertragen werden sollen.

8. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Es gilt § 89 NGO. Die Wertgrenzen und Organzuständigkeiten entsprechend dem Ratsbeschluss vom 19.09.2001 bleiben im übrigen unberührt.

9. Mehreinnahmen oder nicht verbrauchte Mittel im Verwaltungshaushalt für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt (§§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 3 GemHVO<sup>9</sup>)

Nach § 87 Abs. 2 Nr.2 NGO ist unverzüglich eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen in einem im Verhältnis zu den Gesamtausgaben erheblichen Umfang geleistet werden müssen. Soweit solche Ausgaben in unerheblichem Umfang geleistet werden sollen, können Mittel des Verwaltungshaushaltes auch für den Vermögenshaushalt verwendet werden, wenn

---

<sup>7</sup> S. Fußnote 6

<sup>8</sup> S. Fußnote 6

<sup>9</sup> §§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 3 GemHVO:

“Bei Haushaltsstellen des Verwaltungshaushalts, die gemäß § 8 Abs. 2 einem Budget zugeordnet sind, kann im Haushaltsplan bestimmt werden, dass *Mehreinnahmen oder auch nicht verwendete zweckgebundene Einnahmen im Rahmen ihrer Zweckbestimmung/Minderausgaben* für nicht erhebliche Mehrausgaben im Sinne von § 87 Abs. 2 Nr. 2 NGO bei Haushaltsstellen des Vermögenshaushalts, die demselben funktional begrenzten Aufgabenbereich zugeordnet sind, verwendet werden dürfen; Voraussetzung ist der Haushaltsausgleich nach Berücksichtigung von § 22 Abs. 1. Bei Inanspruchnahme muss dieser Haushaltsausgleich gewahrt bleiben; gleichzeitig ist eine entsprechende zusätzliche Zuführung zum Vermögenshaushalt vorzunehmen.”

- zur Deckung ausreichende Mehreinnahmen, zweckgebundene Einnahmen oder Minderausgaben zur Verfügung stehen,
- die Mittel im Vermögenshaushalt demselben funktional begrenzten Aufgabenbereich zugeordnet werden können und
- der Haushaltsausgleich gewahrt bleibt.

Die Übertragung entsprechender Haushaltsmittel vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt ist unter den genannten Voraussetzungen ohne Einschränkung zulässig<sup>10</sup> und vom Servicebereich Finanzen vorzunehmen. Hierfür sind dem Servicebereich über ein Formular schriftlich die entsprechenden Angaben einschließlich der Begründung zu liefern. Über jede Übertragung ist der Bürgermeister in Kenntnis zu setzen; er kann im Einzelfall die Übertragung nicht.

#### Hinweis:

Weitere Regelungen und Informationen für die verwaltungsinterne Arbeit im Zusammenhang mit der Ausführung des budgetorientierten Haushaltsplanes sind in internen Handlungsanweisungen und Erläuterungen enthalten.

---

<sup>10</sup> Dies ist ein Haushaltsvermerk im Sinne der §§ 17 Abs.3, 18 Abs. 3 GemHVO



Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

[illegible]

**Stellenübersichten 2006**

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

## II. Angestellte und Arbeiter

Glieder. Nr.	Organisationseinheit	BAT									BMT-G										Pauschale	Bemerkungen
		III	IVa	IVb	Vb	Vc	Vlb	VII	VIII	IX	6a	6	5a	5	4a	4	3	2	1a	1		
2810	<b>KGS</b>																					
○	Schulsekretärin								4													1x29,2 Std., 1x22,5 Std., 1x14,5 Std.
	Hausmeister						1															
	GA															1						1x26,8 Std.
	Hausmeistergh.																			1		1x15 Std.
3520	<b>Bücherei</b>																					
	Bibliothekarin			1																		
	B-Angestellte						2															2x19,25 Std.
	Angestellte								4													4x6 Std.
	Hausmeistergehilfe															1						1x1,5 Std.
4000	<b>Sozialamt</b>																					
	VA			2																		1x30 Std.
	VA					6																1x19,25 Std.
	VA						1															1x19,25 Std.
	VA							1														
4515	<b>Jugendpflege</b>																					
	Jugendpfleger			1																		1x30 Std. bis 30.09.2007
	Jugendpfleger				1																	
4605	<b>Villa Hartmann</b>																					
	Hausmeister																1					1x8,5 Std.
△	Reinigungskraft																			1		1x10 Std.
4640	<b>Kindergarten Rastede</b>																					
	Leiterin			1																		
	stv. Leiterin			1																		1x24 Std.
	Erzieherin						9															1x27 Std., 1x21 Std., 2x24 Std., 1x14,5 Std., 2x29 Std.
	Kinderpfleger/in							4														2x24 Std.
	Küchenhilfe																			1		1x20 Std.
	Hausmeister															1						1x7,7 Std.
4641	<b>Kindergarten Voßbarg</b>																					
	Leiterin			1																		1x32Std.
	stv. Leiterin				1																	1x32 Std.
	Erzieherin						4															2x24 Std., 1x27,5 Std., 1x14,5 Std.
	Kinderpfleger							4														1x24,5, 1x26,5, 1x24, 1x6 Std.
	Küchenhilfe																			1		1x10 Std.
4642	<b>Kindergarten Neusüdende</b>																					
	Leiterin			1																		1x24 Std.
	stv. Leiterin					1																1x24 Std.
	Erzieherin						2															1x31,5 Std., 1x20 Std.
	Kinderpfleger							3														1x31,5 Std., 2x24 Std.
	Küchenhilfe																			1		1x10 Std.
	Gartenanlagen																			1		1x4 Std.
4643	<b>Kindergarten Loy</b>																					
	Leiterin			1																		1x34 Std.
	Heilpädagogin					1																1x33 Std.
	Erzieherin						2															2x31,5 Std.
	Kinderpfleger							2														1x10 Std., 1x29 Std.
	Küchenhilfe																			1		1x10 Std.
	Hausmeister																			1		1x5 Std.
4644	<b>Kindergarten Marienstr.</b>																					
	Leiterin			1																		
	Heilpädagogin u.stv. Leiterin					1																1 x 32 Std.
	Erzieherin						2															1x 32 Std., 1x 24 Std.
	Kinderpfleger							3														1x 33,5 Std., 1x 24 Std., 1x31,5 Std.
	Küchenhilfe																			1		1x10 Std.
	Hausmeister																					1
5700	<b>Freibad Rastede</b>																					
	Schwimmmeister						1															
	Schwimmmeistergh.								1													1x30 Std.
5720	<b>Hallenbad</b>																					
	Schwimmmeister						1															
	Schwimmmeistergh.								2													1x19,25 Std.
	Gartenanlagen															1						1x4,5 Std.
	Gartenanlagen																1					1x4 Std.
7600	<b>Toilettenanlagen</b>																					
	Schließdienste																			1		1x2,5 Std.
7601	<b>Dorfgemeinschaftshäuser</b>																					
△	Hausmeister																			2		1x7 Std., 1x 4 Std.

*Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung*

## II. Angestellte und Arbeiter

[illegible]

Stellenplan 2006

Teil B: BEAMTE

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnung	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haus- haltsjahr 2006		Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2005				Vermerke Erläuterungen
			insges.	dav.ausd.Ber.d. Stellenant.herausgen. Paragr.26 BBesG	insges.	tatsächl. mit Beamten	besetzt mit Angest.	nicht besetzt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	<b>Beamte auf Zeit</b>								
1	Bürgermeister	B3	1		1	1			
2	Erster Gemeinderat	B2	1		1	1			
	<b>Gehobener Dienst</b>								
3	Oberamtsrat	A 13	1		1	1			
4	Amtmann	A11	3		3	3			z. Zt 1x A 10
5	Gemeindeinspektor/in	A 9	1		1	1			
	<b>Mittlerer Dienst</b>								
6	Amtsinspektor	A 9 m.Z.	1		1	1			
7	Obersekretär/in	A 7	2		2	2			1x20Std., z.Zt. 1x A6



Stellenplan 2006  
Teil B: Angestellte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Verg.Gr.	Zahl der Stellen HH.Jahr 2006	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2005 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
1	Bauingenieur	III	1	1	1	-	
2	Verwaltungsangestellte	III	1	1	1	-	
3	Verwaltungsangestellte	IV a	1	1	1	-	
4	Systemadministrator	IVb	1	1	1	-	
5	Bauingenieur	IVb	3	3	3	-	1x befristet bis 30.06.2006
6	Kindergartenleiterin	IVb	3	3	3	-	1x32, 1x24 Std.
7	Bibliothekarin	IVb	1	1	1	-	
8	Jugendpfleger/in	IVb	1	1	1	-	1x30 Std. befristet bis zum 30.09.2007
9	stv. Kindergartenleiterin	IVb	1	1	1	-	1x24 Std.
10	Frauenbeauftragte	IVb	0	1	0	-	
12	Verwaltungsangestellte	IVb	2	-	2	-	1x30 Std.
12	Kindergartenleiterin	Vb	2	2	2	-	1x 34 Std.
13	Jugendpfleger/in	Vb	1	1	1	-	
14	TA	Vb	2	2	2	-	
15	stv. Kindergartenleiterin	Vb	1	1	1	-	1x32 Std.
16	Leiter der Kläranlage	Vb	1	1	1	-	
17	Heilpädagogin und stv. Kindergartenleiterin	Vc	1	1	1	-	1x32 Std.
18	stv. Kindergartenleiterin	Vc	1	1	1	-	1x 24 Std.
19	Verwaltungsangestellte	Vc	10	7	9	9	1x19,25, 1x30 Std.
20	TA	Vc	1	1	1	-	
21	Heilpädagogin	V c	1	1	1	-	1x33 Std.
22	Verwaltungsangestellte	Vlb	7	11	7	-	2x19,25, 1x9,5, 1x30, 1x25 Std.
23	Bibliotheksassistentin	Vlb	2	2	2	-	2x19,25 Std.
24	Hausmeister	Vlb	2	2	2	-	

Stellenplan 2006  
Teil B: Angestellte

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Verg.Gr.	Zahl der Stellen HH.Jahr 2006	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2005 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	
25	Erzieherinnen	Vlb	19	19	19	-	6x24, 2x31,5, 1x32, 1x27,5, 1x27, 1x21, 1x14,5, 1x36,5, 2x29 Std.
26	Schwimmmeister	VI b	2	2	2		
27	Verwaltungsangestellte/ Schulsekretärin	VII	20	15	15	-	6x19,25, 1x30, 1x8,5, 1x 29 Std. 1x 1,25, 1x20,5, 1x18, 1x15,25 Std.
29	Verwaltungsangestellte/ Schulsekretärin	VIII	1	2	2		
	Schulsekretärin	VIII	11	11	11	-	2x12,5, 2x12, 2x5, 1x13, 1x14,5, 1x29,2, 1x22,5, 1x10 Std.
30	Kinderpflegerin	VIII	16	16	16	-	6x24, 2x31,5, 1x33,5, 1x10, 1x24,5, 1 x 26,5, 1 x 6, 1 x 29 Std.
31	Hausmeister	VIII	4	1	1		
32	Schwimmmeister/gehilfe	VIII	3	3	3	-	1x30, 1x19,25 Std.
33	Büchereiverwaltung	IX	4	4	4	-	4x6 Std.
34	Freistellung Personalrat		1	1	1	-	4 Std.

Stellenplan 2006

Teil B: Arbeiter

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Lohngruppe Sondertarif BMT-G	Zahl der Stellen im HH.Jahr 2006	Zahl der Stellen im Vorjahr			Erläuterungen
				insges.	davon am 30.06.2005 tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	Gemeindearbeiter	5	6	6	6	-	1x35 Std.
2	Gemeindearbeiter	4	11	13	11	-	1x34, 1x4,5 Std.
3	Gemeindearbeiter	3	7	5	7	-	1x34, 1x 8,5, 1x4, 1x1,5, 1x14,5, 1x26,8, 1x7,7 Std.
4	Platzwart	2	2	2	2	-	1x 1, 1x 7 Std.
5	Hausmeistergehilfen Küchenhilfen Kindg.	1	21	23	23	-	1x22,5, 1x22, 1x 12, 1x 20, 1x2,5, 2x4, 3x5, 1x 7,5, 1x8, 5x10, 1x13, 1x15, 1x9, 1x7 Std.
6	Hausmeister	Pauschale	2	2	2	-	1x6,7, 1x4,38 Std.

Teil B: Sonderübersichten 2006

1. Anteil der Planstellen für Beförderungsmänter (oberhalb des ersten Beförderungsmantes) an der Gesamtzahl der Planstellen im Bereich der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnbeamten \*)

1. Gesamtzahl der Planstellen der den Obergrenzenregelungen unterliegenden Laufbahnangestellten

im höheren Dienst	2 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	-	nicht besetzt)
im gehobenen Dienst	5 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	0	nicht besetzt)
im mittleren Dienst	3 Stellen (davon besetzt mit Angestellten	0	nicht besetzt)

2. Von den Stellen zu 1. sind

a) als Funktionsgruppen nach VO zu § 5 BBesG a. f. herausgenommen:

im höheren Dienst	0	Stellen
im gehobenen Dienst	0	Stellen
im mittleren Dienst	0	Stellen

b) mithin im Rahmen der allgemeinen Obergrenzen (§ 26 Abs.2 BBesG) zu bewerten

im höheren Dienst	2	Stellen
im gehobenen Dienst	5	Stellen
im mittleren Dienst	3	Stellen

3. An Beförderungsmäntern oberhalb des ersten Beförderungsmantes sind

a) zulässig						b) in Anspruch genommen von den Stellen					
in Bes.-Gr.	im Bereich der Funktionsgruppen	im Bereich der allgemeinen Obergrenzen	Zwischen-summe (Sp 2 + Sp3)	nach der NStOV-Kom abzüglich der Stellen in Spalte 4	insgesamt Summe der Sp 4 und Sp 5)	nach Spalte 2	in Spalt 7 ggf. zu Lasten der Stellen in Spalte 3 und Spalte 5	nach Spalte 3	nach Spalte 5	Nach Spalte 6 (Summe der Sp. 7, 9 und 10.)	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 9 A 8	<u>mittl. Dienst</u>										mit Zulage
	-	0	0	2	2	-	-	0	1	1	
A 13 A 12 A 11	<u>geh. Dienst</u>										1 x z.Zt. A10
	-	0	0	2	2	-	-	0	1	1	
	-	1	1	2	3	-	-	0	0	0	
	-	1	1	-	1	-	-	3*	-	3	
B 3 B 2	<u>höherer Dienst</u>										§ 3 NStOV-Kom § 1 I NKBesVO
	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	

\* § 2 III 2. HS NStOV-Kom

## Nachwuchskräfte 2006

### ***Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte***

<i>Lfd. Nr.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>Art der Vergütung</i>	<i>Vorgesehen im HH.Jahr 2006</i>	<i>beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2005</i>	<i>Erläuterungen</i>
<i>1</i>	<i>2</i>	<i>3</i>	<i>4</i>	<i>5</i>	<i>6</i>
1	Verwaltung Auszubildende zum Verwaltungsfachangest.	Aus-  bildungs-  vergütung	4	4	
2	Bäder Auszubildende zum Schwimmmeistergeh./ Fachangestell. f. Bäderbetriebe		1	1	
3	Kläranlagen Auszubildende zur Fachkraft für Abwassertechnik		1	1	

**Erläuterungen zum Stellenplan**

Im Stellenplan 2006 wurden strukturelle Veränderungen berücksichtigt. Die nachfolgend aufgelisteten Veränderungen sind in der Reihenfolge der Gliederungsnummern der Anlage 8 aufgeführt und in der Stellenübersicht durch Schattierung gekennzeichnet.

Im nachstehenden Text nicht im Einzelnen erläutert wird folgende Änderung:

- Organisatorische Veränderungen haben durch Verschiebung zu Änderungen der Anzahl der jeweiligen Stellen bzw. Stundenanteile geführt, wobei der Stundenumfang insgesamt jedoch unverändert geblieben ist. In den anliegenden Tabellen siehe graufarbige Markierung mit „△“ in der Spalte Gliederungsnummer.

**Stellenplan Angestellte*****Frauenbeauftragte*****Gliederungsnummer 0290**

Aufgrund der Änderung des § 5a NGO hat/wird die Gemeinde Rastede eine ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte bestellen.

***Stabstelle*****Gliederungsnummer 0202**

Aufgrund organisatorischer Veränderung wurde die Stelle „Liegenschaften“ beim Stellenplan 2006 im Geschäftsbereich 3 gestrichen und der Stabstelle komplett neu zugeordnet.

***Geschäftsbereich 1*****Gliederungsnummer 0200**

Da im Stellenplan Bewährungsaufstiege nicht mit berücksichtigt werden, hier jedoch noch enthalten waren, wurde die Stelle entsprechend der Bewertung korrigiert.

**Gliederungsnummer 0300**

Die Stelle „Gebühren/Beiträge/Haushalt“ wurde vor geraumer Zeit neu bewertet. Dabei wurde festgestellt, dass die Stelle nach Vergütungsgruppe V c BAT (bisher VI b) zu bewerten ist.

Die Stelle „Ausführung Haushalt“ ergibt sich im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Zentralisierung des Buchungswesens, die 2005 in Teilbereichen begonnen wurde. Die Konzentrierung des Buchungswesens an dieser Stelle wird durch Stundenreduzierung in den anderen Bereichen kompensiert.

## ***Geschäftsbereich 2***

### **Gliederungsnummer 2107**

Die Orientierungsstufe wurde abgeschafft, so dass die bisherige Schulsekretärin jetzt der Gliederungsnummer 2810 zuzuordnen ist.

Die bisherige Schulsekretärin der Grundschule Feldbreite ging in diesem Jahr in Rente. Vor der neuen Besetzung der Stelle wurde eine Stellenbemessung durchgeführt und daraufhin die Stunden von wöchentlich 12 auf 10 reduziert.

### **Gliederungsnummer 4000**

Im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV nimmt der Landkreis Ammerland zunächst für 6 Jahre an dem Optionsmodell teil. Die Arbeitsvermittlung für den Arbeitsmarkt II haben seit dem die Gemeinden übernommen, ebenso die Leistungszahlung an den Gesamtpersonenkreis. Der personelle Aufwand steht derzeit noch nicht ganz fest, so dass im Stellenplan zunächst die derzeitige Besetzung eingearbeitet wurde. Hinsichtlich der Bewertung wird über den Landkreis Ammerland hinaus davon ausgegangen, dass die Stellen der Fallmanager nach Vergütungsgruppe IV b BAT und die Stellen für die Leistungsgewährung nach Vergütungsgruppe V c BAT zu bewerten sind.

### **Gliederungsnummer 4640**

Die Anzahl der Kinder, welche zum Mittagsdienst im Kindergarten Rastede angemeldet sind, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Aufgrund einer daraufhin durchgeführten Personalbemessung bei den Betreuungskräften für den Mittagsdienst wurden die Stunden bei zwei Mitarbeiterinnen um jeweils 5 Stunden aufgestockt.

## ***Geschäftsbereich 3***

### **Gliederungsnummer 6000**

Bei einer Personalbemessung wurde festgestellt, dass die Stelle „Technischer Sachbearbeiter Hochbau“ voraussichtlich nicht mehr benötigt wird. Aus diesem Grunde wurde die Stelle mit einem kw-Vermerk versehen.

Die Stellen „Assistenzdienst Bautechnik“ und „Assistenzdienst Bauverwaltung“ wurden neu bewertet. Dabei wurde festgestellt, dass die Stellen nach Vergütungsgruppe VII BAT (bisher VIII BAT) zu bewerten sind.

## **Stellenplan Arbeiter**

## ***Geschäftsbereich 2***

### **Gliederungsnummer 2103**

Geringfügig Beschäftigte haben seit längerem einen Vergütungsanspruch auf der Grundlage des für die auszuübende Tätigkeit entsprechenden tariflichen Entgelts. Da der Stellenbedarf zunächst geprüft wurde, erfolgt erst jetzt die vertragliche Änderung.

**Gliederungsnummer 2107**

Angesichts einer Aufgabenerweiterung (Reinigung des Parkplatzes) des Schulhausmeistergehilfen wurde die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 30 auf 34 Stunden erhöht.

**Gliederungsnummer 2810/4640**

Der Schulhausmeistergehilfe hat bereits seit Beginn seiner Tätigkeit mit 20 % seiner Arbeitszeit die hausmeisterlichen Tätigkeiten im Kindergarten Rastede wahrgenommen. Dieses wurde bisher im Stellenplan nicht berücksichtigt, aber jetzt nachgeholt.

**Gliederungsnummer 3520**

Bisher wurde die hausmeisterliche Tätigkeit bei der Bücherei im Stellenplan nicht einbezogen. Dieses wurde jetzt nachgeholt.

**Gliederungsnummer 7000**

Die Stelleninhaberin hatte bereits seit einigen Jahren Sonderurlaub und die Stelle war während dieser Zeit unbesetzt. Jetzt hat die Stelleninhaberin gekündigt und die Stelle wurde ersatzlos gestrichen.

**Gliederungsnummer 7710**

Die Stelle eines Gemeindearbeiters auf dem Bauhof wurde ersatzlos gestrichen und bei einer weiteren Stelle wurden die Stunden von 38,5 auf 32 Stunden reduziert.

**Finanzielle Auswirkungen:****Gliederungsnummer 0290**

Die Einstellung einer ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten statt einer hauptamtlichen tätigen Frauenbeauftragten führt zu einer Minderausgabe von jährlich ca. 18.264 EUR.

**Gliederungsnummer 0300**

Aufgrund der neuen Bewertung (V c BAT statt VI b BAT) erhöhen sich die jährlichen Ausgaben um ca. 2.400 EUR.

**Gliederungsnummer 2107**

Die Reduzierung der Stundenanteile um 2 Stunden wöchentlich führt zu jährlichen Minderausgaben in Höhe von ca. 1.900 EUR.

**Gliederungsnummer 4000**

Durch die Umsetzung von Hartz IV erhöhen sich die jährlichen Ausgaben um ca. 66.419 EUR. Demgegenüber steht jedoch die Kostenerstattung seitens des Landkreises Ammerland nach der Heranziehungsvereinbarung. Danach werden der Gemeinde die entstehenden Personal- und Verwaltungskosten erstattet, soweit Aufgaben im Rahmen der Option übertragende Aufgaben wahrgenommen werden.



**Gliederungsnummer 6000**

Die Umwandlung der BAT VIII Stellen in BAT VII Stellen führt zu einer jährlichen Mehrausgabe in Höhe von ca. 3.618 EUR.

**Gliederungsnummer 2103**

Durch die Umwandlung erhöhen sich die jährlichen Ausgaben um ca. 1.560 EUR.

**Gliederungsnummer 2107**

Die Aufgabenerweiterung führt zu einer jährlichen Mehrausgabe in Höhe von ca. 3.291 EUR.

**Gliederungsnummer 7710**

Der Wegfall der Stelle eines Gemeindearbeiters beim Bauhof hat jährliche Einsparungen in Höhe von ca. 37.206 EUR zur Folge.

Die Reduzierung der Stundenanteile für einen Gemeindearbeiter um wöchentlich 6,5 Stunden führt zu einer Minderausgabe in Höhe von ca. 5.678 EUR.